



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Preis pro Nummer 15 Pfennige.

Zu beziehen durch unsere Funktionäre.

Redaktion und Verlag:
Berlin O. 27, Schicklerstraße 5.
Fernruf: Alexander, 3007.

Das Mitteilungs-Blatt kann bei jeder Postanstalt bestellt werden. Bezugspreis 2,10 Mk. pro Vierteljahr inklusive Bestellgeld.

Nr. 39.

Berlin, den 29. Dezember 1918.

13. Jahrgang.

An die Partei!

Nur kurze Zeit trennt uns von den Wahlen. Es werden die bedeutungsvollsten Wahlen sein in der Geschichte des deutschen, des internationalen Sozialismus. Bewußt, auch in der schwersten Zeit ihre sozialistische Pflicht erfüllt zu haben, geht die Partei in den Wahlkampf.

Als der Krieg Verwirrung in die Reihen des Proletariats brachte, sammelten sich die Genossen, die unerschütterlich den Prinzipien der Internationalen treu geblieben waren und gründeten die U. S. P. D. Keinen Augenblick wankte die Partei in der schärfsten Bekämpfung des Krieges. Sie wies jedes Kompromiß mit den schuldigen Machthabern, mit den Kriegsverlängerern und ihren sozialistischen Helfern zurück. So bereitete sie jene Tage vor, in denen die Revolution die alte Gewaltherrschaft stürzte, der Massenschlächterei ein Ende bereitete und die sozialistische Republik begründete.

Die Tage seit der Revolution haben gezeigt, daß die historische Aufgabe der Partei damit nicht erfüllt ist. Die Massen in Stadt und Land haben zwar erkannt, daß nur im vollständigen politischen und wirtschaftlichen Neuaufbau die Rettung für die ungeheuren Kriegsschäden zu finden ist. Aber die rechtssozialistische Führerschaft geht nur allzu zaudernd und zögernd ans Werk. Sie fürchtet den Bruch mit den bürgerlichen Parteien, mit denen sie so lange in enger Gemeinschaft gewirkt hat. Sie schreckt zurück vor der kühnen Fortführung der Revolution, vor den notwendigen Maßnahmen ihrer Sicherung und der Niederhaltung der Gegenrevolution.

Der Verlauf der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte hat erneut den Beweis erbracht, daß alle energischen und durchgreifenden Maßnahmen auf den Widerstand der Rechtssozialisten stoßen. Die wichtigen und unumgänglich notwendigen Forderungen der Soldaten begegneten ihrem Widerstreben, und die Ausführung der Beschlüsse ist bei dem Widerstand der Heeresleitung nicht gesichert. Die Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie auf Wahrung der Rechte des Zentralrates wurden von ihren Anhängern niedergestimmt. Die revolutionäre Energie wurde nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Die U. S. P. D. erhält so die Aufgabe, als Trägerin einer prinzipiellen sozialistischen Politik für die Verwirklichung des Sozialismus in der revolutionären Epoche bis zum endgültigen Siege zu kämpfen. Die Partei verkennt nicht, daß die Hauptschlacht geschlagen werden muß zwischen dem vereinigten Bürgertum auf der einen Seite und dem Proletariat auf der anderen Seite. Denn in diesem Wahlkampf handelt es sich nicht mehr um einzelne politische oder wirtschaftliche Forderungen der Arbeiterklasse, sondern es geht um die Aufhebung der Klassenherrschaft überhaupt, um die Erhebung der kapitalistischen Ausbeutung durch die sozialistische Gesellschaft der in Freiheit und Gleichheit verbundenen Menschheit. Soll aber dieses höchste Ziel, um das je gerungen worden ist, erreicht werden, so bedarf es der Vorkämpfer, die unbehindert um jede Rücksicht auf die Gegner, unbelastet von einer schuldbehafteten Vergangenheit, die Wegbereiter des Neuen sein können. Um ungehindert diese Aufgabe erfüllen zu können, muß die U. S. P. D. in voller Geschlossenheit und Selbständigkeit in den Wahlkampf eintreten.

Die Partei erwartet von allen ihren Genossen, daß sie mit ganzer Kraft die Zeit ausnützen zur Werbung für die sozialistischen Ideen, zur Aufriittelung der Massen, zur Gewinnung neuer Kämpfer.

Wir wollen behaupten, was wir erobert haben: die volle Demokratie in der neuen deutschen einheitlichen Republik. Wir wollen die Eröberung der Staatsmacht als Hebel benutzen, um die kapitalistische in die sozialistische Gesellschaft umzuwandeln.

Wir fordern, daß alles geschieht und mit aller Beschleunigung geschieht, was sofort an Sozialisierung geleistet werden muß. Wir fordern insbesondere die Erklärung aller Bodenschätze und Kraftquellen zum Eigentum der Nation und die rascheste Durchführung aller Maßnahmen, die dieses Eigentum verwirklichen.

Wir fordern, daß die Lasten des Krieges durch umfassende Besteuerung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften und Konfiskation der großen Kriegsgewinne auf die Bestehenden abgewälzt werden, deren Politik den Krieg verursacht hat. Wir fordern eine Verfassung, in der die Grundsätze der Demokratie restlos und befreit von allen bürgerlichen Traditionen verwirklicht sind. Dafür wollen wir jetzt die Massen zu gewinnen suchen.

Gegen die Beherrschung der Menschen durch Menschen, für Freiheit und Gleichheit!

Gegen kapitalistische Ausbeutung, für sozialistische Brüderlichkeit!

Die Parteileitung der U. S. P. D.

Zum Abschied.

Berlin, den 27. Dezember 1918.

Mit dieser Nummer nimmt das Mitteilungsblatt Abschied von seinen Lesern. Nicht aus Altersschwäche, nicht als Besiegter, sondern als Sieger tritt es vom politischen Kampfplatz ab. Neue Kräfte regen sich, neue Zeitungen entspringen dem Boden der Revolution und sehen unseren Kampf fort. Als vor 2 Jahren der Parteivorstand Hand in Hand mit der Militärdiktatur den Berliner Arbeitern den „Vorwärts“ raubte und die alte Redaktion mit brutaler Gewalt entfernte, um seine journalistischen Lakaien einzunisten, da mußte das Mitteilungsblatt auf den Plan treten, um gegen die Räuber und Brunnenvergifter Front zu machen. Aus einem kleinen, nur Organisationszwecken dienenden Verbandsorgan wurde es zu einem politischen Wochenblatt. Seine Aufgabe bestand darin, den Berliner Arbeitern wenigstens allwöchentlich eine geistige Kost zu liefern, die erfüllt war vom Geiste des internationalen Sozialismus, von revolutionärer Ueberzeugung und ehrlichem Friedenswillen. Unter unfählichen Schwierigkeiten technischer und politischer Art hat das Mitteilungsblatt 2 Jahre lang seine Aufgabe erfüllt. In klarer Erkenntnis der kommenden Entwicklung hat es tapfer und unbeirrt als Vorkämpfer der Revolution gewirkt. Die Berliner Arbeiterschaft hat ihm Treue gehalten und hat in aufopferungsvoller Tätigkeit

für seine Verbreitung gesorgt. In verhältnismäßig kurzer Zeit stieg seine Auflage von 8000 auf rund 45 000. Die Zahl der Leser war aber bedeutend größer. Auch in das Feld ist das Mitteilungsblatt in zahlreichen Exemplaren gegangen und hat dort zur Aufklärung unserer Brüder im selbigen Rod beigetragen. Nach und nach fand es auch in den Provinzorten, in denen die Unabhängige Sozialdemokratie keine eigene Zeitung hatte, starke Verbreitung. So ist unser Blatt zu einem wichtigen Parteiorgan geworden, das dem Zusammenhalt der Partei gedient hat, vor allem aber auch dem Zusammenhalt der revolutionären Arbeiterklasse Groß-Berlins aufrecht erhielt.

Der Außenstehende macht sich keinen Begriff von den Schwierigkeiten, unter denen das Mitteilungsblatt hergestellt werden mußte. Es war ganz natürlich, daß die Militärdiktatur und die Zensur sich unser Blatt besonders scharf vornahmen. Es wurde unter Präventivzensur gestellt, d. h. jede Nummer mußte, ehe sie in Druck gehen konnte, von der Titelseite bis zur letzten Inseratenzeile dem Zensur vorgelegt werden. Schon beim Schreiben der Artikel sah man den drohenden Rotstift des Zensors vor sich und mußte überlegen, wie das, was man sagen wollte, vor den Zensurstrahlen zu bewahren sei. In jeder Nummer hat die Zensur rücksichtslos gehaust.

Aber wenn sie auch die besten Sätze herausstrich, den Geist des Ganzen konnte sie doch nicht ertöten, und so kann das Mitteilungsblatt das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß der Klassenbewußte Vortrupp der Berliner Arbeiterschaft durch seinen Geist für die revolutionären Aktionen mitgeschult worden ist.

Treue Kampfgenossenschaft hielt unser Blatt mit der russischen Revolution, und es erblickte seine Aufgabe darin, deren Lehren der deutschen Arbeiterschaft zugänglich zu machen. In internationaler Solidarität hat sich das Mitteilungsblatt auf die Seite der viel verlästerten Bolschewiki gestellt und rückhaltlos deren heroischen Kampf für Frieden und Sozialismus gewürdigt und unterstützt. Auch auf diese Weise hat unser Blatt dazu beigetragen, daß der revolutionäre Gedanke in der Klassenbewußten Berliner Arbeiterschaft Wurzel schlagen konnte.

Auch der von der Militärdiktatur arg bedrängten Arbeiterjugend hat das Mitteilungsblatt in der Zeit der schwärzesten Reaktion eine Freistätte gewährt.

Jetzt tritt das Mitteilungsblatt vom Kampfplatz ab. Seine Arbeit hat reiche Früchte getragen. Auch unser Blatt hat redlich die Revolution mit vorbereiten helfen; es hat auch für den Geist gesorgt, aus dem heraus die Arbeiterschaft

Die revolutionären Errungenschaften sichern und ausbauen wird. Die Aufgabe des Mitteilungsblattes wird jetzt von zahlreichen Zeitungen übernommen, die dank der Revolution in Berlin und anderen Orten entstehen konnten. Ihre Pflicht ist es jetzt, das, was von uns in schweren Zeiten begonnen wurde, weiterzuführen und zur Vollendung zu bringen. Wir aber verabschieden uns von unseren Lesern mit dem Dichterwort:

Neue Kräfte seh ich glühen,
neue Säfte seh ich blühen,
lichtwarm steigt die neue Welt.
Das Gemeine weicht von Erden,
was nie war, nun will es werden,
und das Sklavenschiff zerschellt.

Wo sehen wir?

Die deutsche Revolution hat ihren ersten Schritt getan. Sie hat den Fürsten von Gottes Gnaden den Lauspaß gegeben; sie hat in den starken Ball des Militarismus Bresche geschossen. Aber das Staatswesen, das aus der Revolution hervorging, ist noch weit davon entfernt, eine wirklich sozialistische Republik zu sein.

Um eine Wirtschaftsform und ein Staatswesen zu schaffen, in dem das arbeitende Volk Träger und Nutznießer der Produktion und Verwaltung ist, bedarf es noch zäher, revolutionärer Arbeit. Die Mächte des Großkapitals und der Reaktion wehren sich mit verbissenem Ingrimm gegen das ihnen drohende Verhängnis. Generale, Admirale und Offiziere, die Schot- und Krantjunker, das Pfaffenrum aller Konfessionen, sowie all die Elemente, die sich unter dem alten Regime wohl gefühlt haben, kämpfen offen und noch mehr in der Stille gegen die Versuche an, das arbeitende Volk Deutschlands wirklich zum Herrn seiner Geschichte zu machen. Das Bestreben, den an seiner eigenen Unfähigkeit zu Grunde gegangenen Reichstag wieder einzuberufen, die überreichte Einberufung der Nationalversammlung, die Ränke kerkerhafter Spaltungspolitik und das Verhalten vieler gegenrevolutionär gesinnter Befehlshaber der heimkehrenden Fronttruppen beweisen, daß die junge deutsche Freiheit noch ringsum von Feinden umlagert ist.

Gestützt und gefördert werden die Mächte der Gegenrevolution durch die schwächliche Haltung der mehrheitssozialistischen Partei. Es ist nur zu natürlich, daß diese davor zurückschreckt, die revolutionäre Entwicklung mit eiserner Konsequenz weiter zu treiben. Sie wagt nicht, den notwendigen scharfen Trennungsstrich zwischen der revolutionären Arbeiterschaft und dem kapitalistischen Bürgertum zu ziehen. Sie wagt nicht, eine ausgesprochene proletarische Friedenspolitik zu machen. In unverzeihlicher Nachgiebigkeit hält sie z. B. im Auswärtigen Amt die Vertreter jener kühnwürdigen Geheimdiplomatie fest, die das deutsche Volk in ein Meer von Blut und Tränen hineingeführt hat. Riesengroß ist die Mitschuld der sozialdemokratischen Partei an dem unsäglichen Unheil, das durch den Weltkrieg über das deutsche Volk gekommen ist. Hat diese Partei doch vom 4. August 1914 an die Kriegspolitik des monarchisch-militaristischen Deutschlands rückhaltlos unterstützt.

Die Rettung aus den schweren Nöten unserer Zeit und die Andahnung eines Friedens, der die Ohnmacht Deutschlands ausschließt; die Anknüpfung neuer, internationaler Beziehungen, kann nur von denen ausgehen, die frei sind von aller Mitschuld an den furchtbaren Katastrophen der letzten Jahre. Nur die Partei, die rückwärtslos angelämpft hat gegen den großen Volksbetrug der letzten Jahre, gegen den Völkerverhaß und den kriegerischen Wahnsinn, hat das Recht, als Sachwalterin der Revolution aufzutreten und auf das Vertrauen des Volkes Anspruch zu erheben. Nur diese Partei ist in der Lage, die Früchte der Revolution zur Reife zu bringen.

Bis zum 9. November konnte die Unabhängige sozialdemokratische Partei den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, am entschiedensten gegen die Kriegspolitik der davongezogenen Regierung und deren Helfershelfer angelämpft zu haben. Das Verhalten der Parteileitung in den ersten Revolutionswochen entsprach aber nicht der Haltung der Partei vor der Revolution. Die Rechtssozialisten drängten sich in den Vordergrund, obwohl sie bis zum 9. November alle ehrlichen Revolutionäre beschimpft und demüdigert hatten, und rissen die Früchte der Revolution an sich. Da war es ein großer politischer Fehler, daß sich leitende Männer der Unabhängigen Sozialdemokratie mit den so arg kompromittierten Ebert, Scheidemann usw. an ein und denselben Regierungstisch setzten. Von dieser Koalitionspolitik rührt alle Verwirrung und alle Zerissenheit her, unter der heute die Unabhängige Partei zu leiden hat. Man kann eben keine konsequente revolutionäre und so-

zialistische Politik mit Männern machen, die während des Weltkrieges Schleppenträger des deutschen Imperialismus waren und die jetzt nach der Revolution einen schwächlichen, kleinbürgerlichen Reformsozialismus einführen wollen, der dem Kapital nicht ernsthaft wehe tut. Mehr als einmal hätten die Genossen Haase, Dittmann und Barth Gelegenheit gehabt, die kompromittierende Arbeitsgemeinschaft mit den Ebert, Scheidemann und Landsberg aufzugeben. Sie haben es leider nicht getan, nicht einmal nach den blutigen Vorgängen vom 6. und vom 23. und 24. Dezember in Berlin. Es ist daher kein Wunder, wenn heute ein Riß durch die Arbeiterschaft geht, die bisher zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gehalten hat. Ein kleiner Teil der Arbeiter und eine größere Anzahl von Führern sind vom Einigungsbusel befangen und sucht ihr Heil in der Rückkehr zur alten, verführten Partei. Der größere Teil der Arbeiter der U. S. P. aber verlangt die Innehaltung einer konsequenten revolutionären Politik. Werken die Parteiführer nicht rechtzeitig ein, lehnen sie nicht schleunigst jede Arbeit mit den Ebert und Genossen ab, so wird die Revolution auch die alten Parteigrenzen hinwegschwemmen, wie sie die Fürstenthrone hinweggeschwemmt hat, und die revolutionären Elemente der Unabhängigen Partei werden sich in einer neuen, entschieden revolutionären Partei zusammenschließen müssen.

Zu den Wahlen zur Nationalversammlung.

Am 19. Januar finden die Wahlen zur Nationalversammlung statt. Deutschlands Männer und Frauen sind an diesem Tage vor folgenschwere Entscheidungen gestellt. Die Feinde und die lauen Freunde der Revolution konnten in ihrer, dem bösen Gewissen entspringenden Hast den Wahltermin nicht früh genug haben. Denn das aus dem Revolutionssturm entstandene System der Arbeiter- und Soldatenräte, in dem allein der revolutionäre Wille und die revolutionäre Macht des arbeitenden Volkes zum Ausdruck kommt, ist ihnen ein Grauel. Sie fürchten, daß das Räteystem grundlegend endgültig ihrem Reichthum, ihrer sozialen Machtstellung, ihren Vorrechten ein Ende macht. Darum sind heute selbst die Junker, die bis vor kurzem die wütendsten Gegner jeder Demokratie waren, die lautesten Rufe nach der Nationalversammlung. Und um zu verhüten, daß das werktätige Volk über sein künftiges Schicksal und über die Ziele der sozialen Revolution aufgeklärt werde, hat man den Wahltag so überaus früh angesetzt.

Männer und Frauen des werktätigen Volkes, seid auf der Hut! Laßt Euch nicht von den schönen Worten jener Pharisäer blenden, die Euch 52 Monate lang das „Durchhalten“ gepredigt haben und Euch jetzt um die Früchte der Revolution betrügen wollen. Denkt an das alte, wahre Sprichwort: „Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber!“

Die Wahlen zur Nationalversammlung sind nicht gleichzustellen den früheren Wahlen zum Reichstage oder zum preussischen Dreiklassenhaufe. Die Nationalversammlung soll die Verfassung und damit das künftige Schicksal des deutschen Volkes festlegen auf Jahrzehnte hinaus.

Männer und Frauen des werktätigen Volkes! Eure und Eurer Freiheit steht auf dem Spiele! Wenn Ihr blind und tatenlos beiseite steht, wird die Nationalversammlung statt der alten, von der Revolution zerbrochenen Ketten Euch neue Ketten schmieden.

Laßt daher Eure revolutionäre Energie nicht erlahmen. Ueberlaßt Euer Heil nicht einigen wenigen Parlamentariern. Haltet Euch bereit, die Verhandlungen der Nationalversammlung durch wuchtige Massenkundgebungen vorwärtszutreiben und im Sinne des revolutionären Sozialismus zu beeinflussen.

Wählt am 19. Januar nur Männer und Frauen, an deren ehrlicher, revolutionärer und sozialistischer Gesinnung und Tatkraft kein Zweifel ist!

Mit heuchlerischer demokratischer Maske treten die früheren bürgerlichen Parteien vor Euch hin. Alle die Bankiers, die Fabrikanten, die Kriegsgewinnler und sonstigen Nutznießer der alten Gesellschaftsordnung tun heute so, als ob das Wohl des Volkes ihre brennendste Sorge sei. Aber sie alle sind kapitalistische Wölfe in demokratischer Schafsfleide. Glaubt ihren pharisäischen Worten nicht!

Sie alle erhoffen von der Nationalversammlung die Sicherung ihres Besitzes und ihrer Macht!

Mit dem gleichen Eifer werden die Rechtssozialisten, die Partei der Ebert und Scheidemann um Eure Stimme. Sie spielen sich auf als die wahren Freunde des arbeitenden Volkes, als die uneigennütigen Vorkämpfer der Revolution und des Sozialismus. Wenn Ihr aber heute schwer unter den Wirkungen des Weltkrieges zu leiden habt, wenn die gestürzte verbrecherische Regierung Euch als Erbschaft Hunger, Entbehrungen, Arbeitslosigkeit und andere Nöte hinterlassen hat, so tragen die Scheidemann-Sozialisten ein überreiches Maß Mitschuld. Sie haben Euch vier Jahre lang eingeredet, daß die Regierung weiland Wilhelms II. am Massenwürgen unschuldig sei, daß Deutschland nur einen Verteidigungskrieg führe. Sie haben Euch bis in die Novembertage 1918 zum Durchhalten aufgefordert, sie haben dem Sklavengesetz des Hilfsdienstes zugestimmt, sie haben noch im letzten Moment mit der „nationalen Verteidigung“ geklebäugelt und waren bereit, das deutsche Volk einem letzten ebenso strafbaren wie zwecklosen Ueberlasse preiszugeben. Sie haben durch ihre Zustimmung zum Ukraine-Frieden und zum Frieden von Bularest sowie durch ihre jammervolle Haltung beim Frieden von Brest-Litowsk dazu beigetragen, daß heute auf Deutschland der Groll und der Haß der ganzen Welt lastet.

Männer und Frauen des werktätigen Volkes! Glaubt nicht, daß der Vertreter einer solchen Partei dem deutschen Volke einen Frieden bringen kann, der seine Wunden heilt. Dazu stehen diese Männer bei den Regierungen, noch mehr aber bei den Völkern des Auslandes zu sehr in Mißkredit, dazu haben sie ihr Bekenntnis zur Politik des 4. August 1914 viel zu laut in die Welt geschrien. Die Nationalversammlung hat aber auch Arbeit für den so dringend nötigen, gedeihlichen Frieden zu leisten.

Das bisherige Verhalten der Scheidemann-Sozialisten bietet Euch aber keine Gewähr für diese Friedensarbeit. Die Scheidemann-Sozialisten sind aber auch nur laue und falsche Freunde der Revolution. Von den ersten Kriegstagen an haben sie alle Männer verfolgt und als „Landesverräter“ verleumdete, die den Kampf gegen ihre und der alten Regierung Kriegspolitik aufgenommen hatten. Mit dem gleichen Eifer, mit dem sie immer wieder Kriegskredite bewilligten, haben sie die aus ihrer Partei geschossen, die das Unheil einer verbrecherischen Kriegspolitik kommen sahen und in ihrer Sorge um das deutsche Volk alle Verfolgungen der Militärdiktatur in den Kauf nahmen. In den großen Streiks der letzten Jahre sind die Arbeiter von den Scheidemannern und Gewerkschaftsführern beschimpft und verlästert worden. Diese angeblichen Arbeitervertreter haben den Gerichten und der Militärdiktatur massenhaft Material gegen die streikenden Arbeiter in die Hand gegeben.

Männer und Frauen des werktätigen Volkes! Erwartet von solchen Männern nicht die Vertretung der proletarischen Interessen auf der Nationalversammlung! Sie sind die Sachwalter des engstirnigen, revolutionsfeindlichen Kleinbürgertums, das jetzt in Scharen hinter ihnen herläuft. Sie können oder wollen den Mächten des Kapitals nicht ernsthaft wehe tun. Ihr Ziel ist die Errichtung einer kleinbürgerlichen demokratischen Republik, in der der Arbeiter noch auf lange hinaus Lohnsklave bleiben muß.

Männer und Frauen des werktätigen Volkes! Wer da will, daß die Revolution auch mit der Macht und den Vorrechten der bestehenden Klassen ein Ende mache, wer da will, daß das arbeitende Volk sein Geschick selbst in die Hände nehme, der wähle zur

Nationalversammlung nur Männer und Frauen aus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, an deren revolutionärer und sozialistischer Gesinnung kein Zweifel ist.

Männer und Frauen des werktätigen Volkes! Nehmt auf Eure Listen nur solche Männer oder Frauen der Unabhängigen Sozialdemokratie, von denen Ihr gewiß seid, daß sie in der Nationalversammlung den falschen Demokraten oder Sozialisten die Maske vom Gesicht reißen! Rüstet Euch, den Kampf für die revolutionären Errungenschaften, für Freiheit des Sozialismus in der Nationalversammlung durch Massenkundgebungen außerhalb der Nationalversammlung zu unterstützen!

Nur so kommt Ihr zum Frieden, zur Freiheit, zum völkerbestehenden Sozialismus!

Selbständigkeit der Partei.

Von Luise Zieg.

Die Rechtssozialisten sind unablässig am Werk, um den Arbeitern zu suggerieren: Das Interesse des Proletariats erfordert die Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien. Um ihr Ziel zu erreichen sind ihnen alle, auch die bedenklichsten Mittel recht. In jeder Weise wird gegen die U. S. P. gehetzt, insbesondere der „Vorwärts“ leistet dabei das Unglaublickste.

In der Provinz schlägt man eine andere Taktik ein, da suchen die Scheidemänner unsere Ortsgruppenleiter auf und geben vor: Zwischen den beiden Parteileitungen seien bereits Einigungsverhandlungen im Gange, diese könne man fördern, wenn inwieweit die Ortsgruppen die Verschmelzung zur Tatsache machen würden. Eine Fülle von Zuschriften aus den verschiedensten Gegenden des Reiches, in denen meistens ganz erregt angefragt wurde, ob es wahr sei, daß von uns die Einigung betrieben werde, bei ihnen wollte davon kein Wort der U. S. P. etwas wissen, gaben uns Kenntnis von diesem Treiben.

Selbstverständlich haben wir geantwortet: die Parteileitung denke gar nicht daran, Einigungsverhandlungen einzuleiten oder irgendwie zu betreiben.

In dem ersten Aufruf der Parteileitung, der nach der Revolution erschien, ebenso in unserem Aufruf an die Internationale und in unserem Aufruf zur Wahlbeteiligung für die Nationalversammlung ist sehr und klar zum Ausdruck gebracht, daß wir die Selbständigkeit unserer Partei als geschichtliche Notwendigkeit betrachten.

Und der Aufruf zur Wahlbeteiligung erfolgte am Tage nach einer Reichskonferenz, die aus allen Wahlbezirken des Reiches stark besucht war, in der mit allen gegen eine Stimme beschlossen worden war: Wir bleiben eine selbständige Partei, wir gehen mit eigenen Listen in den Wahlkampf.

Durch diese Beschlüsse ist ganz unzweifelhaft der Wille der Parteigenossen und der Leitung zum Ausdruck gebracht. Bei der Aussprache in der Reichskonferenz wurde wiederholt erklärt: Wenn einzelne Personen die Politik der Rechtssozialisten mitmachen wollen, siehe ihrem Kommande ja niemand im Wege, die Partei der U. S. P. hat an ihrer grundsätzlichen Politik und an ihrer organisatorischen Selbständigkeit fest.

Wie meinen, das ist deutlich!

Wie aber sind wir zu diesen Beschlüssen gekommen? Ist es Eigeninn, der auf das Interesse des Proletariats keine Rücksicht nimmt? Spricht aus ihnen die tiefe Bitterkeit über all das Schändliche, was uns die Rechtssozialisten im jahrelangen Bruderkampf durch Verleumdung, Demagogik, Vergewaltigung angetan? Nein, sicherlich nicht!

Wenn gleich es menschlich nur allzu begreiflich wäre, wenn wir angesichts des ungeheuren Sündenregisters der Rechtssozialisten erklären würden: mit ihnen gibt es keine Gemeinschaft.

Ober nehmen wir die Verschmelzung an, weil die Rechtssozialisten durch ihre verderbliche Kriegspolitik so sehr kompromittiert sind, daß wir deshalb uns nicht mit ihnen organisatorisch vereinen können?

Das wäre sicherlich Grund genug, politisch unser Verhalten zu erklären und zu rechtfertigen. Denn wieder und wieder müssen wir daran erinnern, daß die Rechtssozialisten alle Regierungsmöglichkeiten während des Krieges unterlassen, ihnen die Mittel zum Kriegsführen bewilligten, auch dann noch, nachdem der preussische Militarismus dazu dienen mußte, in Deutschland die sozialistische Republik niederzuschlagen und Zehntausende unserer sinnlichen Partei- und Gewerkschaftsgenossen, die sich ergeben hatten, durch deutsche Maschinengewehre in die Gräber zu schießen, die sich die behaarnenwertigen Todesopfer selbst hatten graben müssen.

Die Rechtssozialisten haben die alte, verbrecherische Regierung auch dann noch unterstützt, als der Gewaltfriede mit Rußland, der Ukraine und mit Rumänien geschlossen wurde, gegen den sie nicht einmal zu stimmen wagten.

Sie haben sich bedingungslos hinter die einander abblenden Regierungen gestellt und damit an der Verlängerung des Krieges mitgewirkt und die Mitschuld für die unzähligen Opfer des Krieges auf sich geladen, trotzdem ihnen so gut wie allen Politikern zahlreiche Dokumente bekannt waren, durch welche die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges erwiesen wurde, durch die bekannt wurde, daß Deutschland wiederholt Friedensmöglichkeiten vernachlässigt hat. Uns haben sie beschimpft, wenn wir auf diese Tatsachen verwiesen, die z. B. vom Genossen Haase in seinen Reichstagsreden unter dem Bauschlag der Reichstagsmehrheit angegriffen wurden. Tatsachen, die später von Schulze-Gävernitz u. a. in den Tagesblättern besprochen worden sind.

Die Rechtssozialisten haben während der ganzen Dauer des Krieges den Klassenkampf abgeschworen und jede selbständige Regung des Proletariats unterdrückt. Die Aufrufe ihres Parteivorstandes und der Generalkommissionen, in denen der Friedensstreik der streikenden Arbeiter verunglimpft und als Landesverrat denunziert wurden, sind bei Gerichtsverhandlungen des Reichsgerichts gegen unsere Genossen und Genossinnen als Belästigungsmaterial vom Staatsanwalt verwendet worden, um die Angeklagten des „Landesverrats“ zu überführen und sie ins Zuchthaus zu senden.

So ist von keiner Seite alles geschieden, um den Kampf der Arbeiter für Beendigung des Krieges wirkungsvoll zu machen. Bis zum Tage der Revolution ist diese Bekämpfung der revolutionären Arbeiterbewegung fortgesetzt worden, dafür sind die Nummern des „Vorwärts“ unwiderlegliche Beweise. Dafür ist Beweis ein Flugblatt, das am Tage der Revolution in den Großbetrieben Berlins verbreitet wurde. Es trägt die Unterschrift Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, es fordert die Arbeiter

auf, nicht auf die Straße zu gehen, nicht den Aufrufen von Minderheiten zu folgen, denn — Scheidemann habe dem Kaiser nahegelegt, abzudanken und der Parteivorstand werde alles aufweisen, um — baldmöglichst die vielen Einziehungen rückgängig zu machen. (Dabei erinnere man sich, daß kurz vorher der „Vorwärts“ Stimmung machte für die „nationale Verteidigung“.)

Dieses Sichstimmeln gegen die Revolution erfolgte noch am 9. November, dem Tage der Revolution in Berlin, nachdem in Kiel, Hamburg, München und anderswo bereits die Macht in den Händen der Arbeiter und Soldaten lag. Glücklicherweise folgten die Arbeiter uns und nicht den Rechtssozialisten und als die Hauptarbeit am Revolutionstage getan war, pazten sich jene schleunigst der Situation an. Der Mund Scheidemanns, der gegen die Revolution berufen hatte, war kaum geschlossen, um sich alsbald wieder zu öffnen: die Revolution zu preisen und die sozialistische Republik auszurufen, als seine Augen sahen, daß die verpönte Revolution siegreich war.

Im Gegensatz zu den Rechtssozialisten haben wir die Kriegspolitik auf das schärfste bekämpft, haben die Arbeiter aufgerufen zum Kampf gegen sie. Durch unsere Kriegspolitik und unsere Organisation haben wir die geistige Vorbereitung der Revolution getroffen, die jene bekämpften.

Wir haben also alle Ursache, zu erklären: Wir sind von tiefstem Mißtrauen gegen die Rechtssozialisten erfüllt, wir sind der Überzeugung: der Feind von gestern kann kein zuverlässiger Freund von heute sein, wir bleiben deshalb selbständig als U. S. P.

Diese Argumentation würde unser Verhalten jedoch nur halb begründen.

Die Politik der Rechtssozialisten seit der Revolution hat bereits zur Evidenz erwiesen, wie berechtigt unser Mißtrauen ist.

In den alten Sünden vor der Revolution sind neu, nicht minder schwere, nach der Revolution gekommen.

Hasbheit und Doppelzüngigkeit kennzeichnen ihre Politik auch nach der Revolution in all ihren Maßnahmen. Nur wenige Beispiele mögen diese Tatsache erhellen. Bereits am Tage der Revolution, als die David, Scheidemann und Ebert uns ersuchen, in die Regierung einzutreten, machte David den Vorschlag: vom Kaiser und dem Kronprinzen Abdankung zu verlangen, dem Enkelkind Wilhelms jedoch die Krone zu erhalten. Er wollte also die Monarchie, nach heftiger Revolution wieder errichten.

In der Nacht vom 9. zum 10. November verführten Rechtssozialisten unter Führung Antons den provisorischen Soldatenrat zum Staatsreich zu verleiten, indem sie ihn auszusprechen versuchten, nicht zur Soldatenratswahl zu schreiten und nicht in die konstituierende Versammlung des Jirius Busch zu gehen. Durch den Genossen Stein, der diese Aufregungen mit angehört hatte, wurden die Soldaten von der Durchführung dieses verbrecherischen Vorschlags abgehalten.

In derselben Nacht setzte dann noch ein Aufbeben der Soldaten gegen uns ein, durch Flugblatverteilung und mündliche Verleumdung, deren Erfolg sich in der Sitzung im Jirius Busch am Abend des 10. November zeigte.

Dieses Aufbeben der Soldaten gegen uns ist fortgesetzt worden bis auf den heutigen Tag, während heuchlerisch die „Einigkeit“ gepredigt wird.

Unsere Genossen sind in die Regierung eingetreten unter bestimmten Bedingungen, davon war die eine: Der Arbeiter- und Soldatenrat ist als Träger der politischen Macht anzuerkennen.

Auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte trennte sich Ebert mit aller Macht gegen die Anerkennung dieses Reichs, setzte dessen Einschränkung durch, woraus die Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei den Eintritt in den Vollzugstrat ablehnten.

Im Rateneil wurde vereinbart, nach heftigem Kampfe seitens unserer Mitglieder: die Wahl zur Nationalversammlung soll, vorbehaltlich der Zustimmung des Rätekongresses am 16. Februar stattfinden. Ebert als Mitglied des Kabinetts hält Soldaten- und Volksversammlungen ab, in denen er für die Wahl am 19. Januar Stimmung macht.

Derselbe Ebert belächelt jedoch den Genossen Barth der Unkollegialität, wenn er spricht, über noch schwebende Verhandlungen, bei denen er den Widerstand der Rechtssozialisten bereits zu spüren bekam: als es sich darum handelte, den berechtigten Grenzschutz zu beseitigen, der von so ungemein verhängnisvollen Folgen für unsere innere und äußere Politik werden kann.

Statt ihre ganze Kraft zur Bekämpfung der Konterrevolution und den offenen Hochverrat des Zentrums zu richten, wird Tag für Tag der Kampf gegen links geführt und damit jene Atmosphäre erzeugt, in der die Konterrevolution prächtig gedeiht.

Die Forderungen der Soldatendeputierten auf dem Kongreß, Selbstverständlichkeiten im Interesse der Revolution, für die wir unausgesetzt eingetreten sind, werden verächtlich und verunglimpft. Ihrem Widerstand ist es geschuldet, daß das Austödrige Amt noch immer nicht geläubert ist von den Konterrevolutionären.

Die Trennung von Staat und Kirche, eine Forderung des Erfurter Programms, das angeblich auch für die Rechtssozialisten noch gilt, wird als Vorwand genommen, um gegen Adolf Hoffmann zu hetzen, der damit schuld sein soll an dem Hochverrat des Zentrums, das auf die Auflösung einer Rheinisch-westfälischen Republik vom Deutschen Reich hinziele.

Nur wenige Beispiele, die sich stark vermehren lassen, die aber deutlich zeigen, daß von einer zielklaren Politik bei den Scheidemännern nicht die Spur anzutreffen ist.

Von den bürgerlichen Schichten der Bevölkerung werden sie dann auch, mit Recht, als die Schützer der Kapitalinteressen angesehen.

Daraus ergibt sich, daß wir als selbständige Partei eine wichtige historische Aufgabe zu erfüllen haben: die Regierung zu überwachen und vorwärts zu treiben zur schnellen energischen Zuangriffnahme der Sozialisierung.

Inbesondere aber: die Massen der Arbeiter unter unserer Fahne zu scharen zu einer energischen zielklaren sozialistischen Politik, zur Rettung der Revolution.

Das Interesse des Proletariats erfordert also nicht Verschmelzung der Parteien, wobei es den grundsätzlichen Sozialisten nur so geben würde, wie den U. S. P. Vertretern auf dem Rätekongreß, sondern: Selbständigkeit der U. S. P. als treue Verfechterin der Ideale des Sozialismus, als Hüterin der Revolution und ihrer Errungenschaften.

Der Rätekongreß.

Ein Parlament, wie es nur die Revolution hervorbringen konnte, tagte in der Woche vom 16. Dezember und folgende Tage in Berlin. Diese Räte, die in den Revolutionslagen sich überall bildeten und an Stelle gestürzter Gewalten sich starke Machtpositionen schafften, sollten nunmehr über das Reich zusammengebracht, zum ersten Male von ihrem weitgehenden Recht Gebrauch machen. Die Wahlen zu diesem Kongreß mußten nach Lage der Dinge übereilt und unvorbereitet vorgenommen werden. Es wurde versucht, möglichst breite Schichten zu erfassen, alle Hand- und Kopfarbeiter waren vorüberrechtig. Aber das Wahlsystem wies sehr viele Mängel auf. Ob die Vertretung eine wesentliche andere gewesen wäre, wenn die Unvollkommenheiten beseitigt und wenn mehr Zeit für die Wahlvorbereitungen zur Verfügung gestanden hätte, mag dahingestellt bleiben. Tatsache ist, daß große indifferente Bevölkerungsschichten, die der Revolution bis dahin teils feierlich, teils gleichgültig gegenüberstanden, ein stark ausfallgebendes Element darstellten. Man brauche nur, daß in Berlin allein 225 000 in Reichs-, Staats-, Kommunal- und anderen öffentlichen Betrieben tätige männliche und weibliche Angestellte und Hilfskräfte wahlberechtigt waren und gemäß ihrem Zahl nicht weniger als 225 Räte wählen konnten. Von einem Verständnis für den großen Klassenkampf des Proletariats, für den Sozialismus ist in diesen Kreisen wenig zu finden. Und dann die Soldaten, die lange Jahre der politischen Bühne entrückt waren. Dazu kamen die großen bürgerlichen Schichten, von denen die Soldaten durchsetzt sind, ein Umstand, der vielfach dazu führte, Vorgesetzte als Vertreter zu entsenden.

So kam eine Zusammenkunft des Rätekongresses zuwege, die keine Gewähr gab für eine Fortführung des durch das Proletariat Erreichten im revolutionären Geiste.

Der Verlauf des Rätekongresses hat das auch klar und deutlich bewiesen. Den Kernpunkt des Kongresses bildete die Einberufung der Nationalversammlung. Die bürgerliche Presse im Verein mit den Mehrheitssozialisten hatten auf dem Rätekongreß ihre Hoffnungen gesetzt. Und diese Hoffnungen sind in vollen Maße erfüllt worden. Um einen Ausbau des Räte Systems, von einer Erweiterung und Befestigung seiner Macht wollte diese Vertretung nichts wissen. Eindringlich wurde der Rätekongreß dargelegt, daß die heutige Republik noch lange keine sozialistische ist, daß es gelte, erst alle ökonomischen Wachstumsfaktoren in die Gewalt der Allgemeinheit zu bringen, ehe an einen modernen politischen Ausbau gegangen werden könne. Das Ziel müsse sein, eine Vereinigung politischer und ökonomischer Wirtschaft des Sozialismus. Die Räte könnten hierzu den Hebel bilden. Der Appell an das revolutionäre Empfinden dieser Räteversammlung verjagte vollständig. Die Demokratie sei das Mittel zum Aufstieg in die sozialistische Gesellschaft, wurde entgegnet. Sie müßte so schnell wie möglich aufgestellt werden. Und zu den frühestmöglichen Termin festgesetzt werden. Der in Aussicht genommene Termin am 26. Februar sei viel zu weit gesetzt, der 19. Januar sei der Zeitpunkt, an dem die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden müßten. So beschloß denn auch der Kongreß nicht nur die Nationalversammlung, sondern er stimmte auch dem 19. Januar als Wahltermin zu.

Wie sehr dieser Kongreß sich selber entrechtete, geht aus einer Entschließung hervor, die von der Konferenz angenommen wurde, dieselbe lautete:

1. Der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, der die gesamte politische Macht präsentiert, überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten.

2. Der Kongreß bestellt ferner einen Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der die parlamentarische Überwachung des Reichs und des preussischen Kabinetts ausübt. Er hat das Recht der Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten des Reichs und bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse auch der Volksbeauftragten Preußens.

3. Zur Überwachung der Geschäftsführung in den Reichskammern werden vom Rat der Volksbeauftragten Beigeordnete der Staatssekretäre bestimmt. In jedes Reichsamt werden zwei Beigeordnete entsendet, die aus den beiden sozialdemokratischen Fraktionen zu entnehmen sind. Vor der Berufung der Sachminister und der Beigeordneten ist der Zentralrat zu hören.

Dieser Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Vorsitzende erklärt damit den Antrag Laufenberg für erledigt, welcher besagt:

Das revolutionäre Proletariat, vereint mit der revolutionären Armee, warf die alten Gezeiten zu Boden. Durch den siegreichen Ausgang der Erhebung fiel die oberste Macht den A- und S-Räten zu.

Als Vertreter der A- u. S-Räte von ganz Deutschland ergreift der Kongreß Besitz von der politischen Gewalt und übernimmt ihre Ausübung.

Als Träger der Souveränität des Reiches hat er das Kontrollrecht, Besetzungs- und Absetzungsrecht gegenüber der Exekutive.

Der Kongreß verlangt das sofortige Ausscheiden der bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung. Er wählt eine Kommission, die ihm über die Erziehung der ausscheidenden Regierungsmitglieder Vorschläge unterbreitet.

Im Uebrigen war der Kongreß reich an Ueberraschungen und ständigen Zusammenstößen zwischen den Vertretern der U. S. P. D. und den Mehrheitssozialisten, die wiederum von den bürgerlichen Elementen und den Soldaten stark gestützt wurden. Starke Erregung entstand durch die Schilderung eines Delegierten aus Remscheid über die Treibereien und Frechheiten militärischer Kreise, die ihre Macht nach jeder Richtung hin ausnützen, um konterrevolutionär zu wirken. Geheimbefehle von Offizieren wurden enthüllt, die die Bildung einer Avantgarde von konterrevolutionären Offizieren zum Ziel hatten, dann wurde die Wirkung des von der Heeresleitung beabsichtigten „Grenzschusses“ im Westen geahndet, das nur auf ein möglichst längeres Festhalten von Truppen hinausläuft im Sinne der obersten Heeresleitung, die immer noch nach ihrem früheren Schema und im alten Geiste schaltet und waltet, wie es ihr beliebt.

Durch die Berliner Truppen wurde der Kongreß genötigt, zu wichtigen Fragen der Heeresorganisation Stellung zu nehmen. Es erschienen plötzlich im Kongreßsaale Vertreter Berliner Truppen und überbrachten folgende Forderungen:

Die am 17. Dezember im Schloß zu Berlin tagende Versammlung der Soldatenräte von 17 Regimentern und militärischen Formationen erhebt einstimmig folgende Resolution zum Beschluß:

Wir stehen nach wie vor der jetzigen Regierung, also der Regierung, die auf ihrem Programm als endgültiges Ziel die Schaffung einer sozialistischen Republik sehen hat, zur Verfügung. (Lebhafte Beifall.) Gegen die von reaktionärer Seite geplante Entfernung der Volksmarine division protestieren wir auf das energischste. (Beifall.) Die Kameraden der Marine sind die ersten Träger und Schützer der Revolution gewesen. Ihre Anwesenheit in Berlin ist deshalb unbedingt erforderlich. Die Soldatenräte beantragen bei der im Abgeordnetenhaus tagenden gesetzgebenden Körperschaft sol-

gende Dringlichkeitsanträge sofort zum Beschluß zu erheben:

1. Ein oberster Soldatenrat, zusammengesetzt aus gewählten Delegierten aller deutschen Soldatenräte übt die Kommandogewalt über alle Truppen des Heeres aus, analog der Marine. (Bravo.)

2. Die Rangabzeichen aller Dienstgrade sind verboten. (Beifall.) Sämtliche Offiziere sind zu entwaffnen. (Stürmischer Beifall bei einem Teil der Versammlung.) Das Verbot der Rangabzeichen aller Dienstgrade tritt für die heimkehrenden Truppen in Kraft, nachdem die Niederlegung der Waffen in der Kaserne erfolgt ist.

3. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich.

Wir beantragen gemäß unserer Resolution hierüber sofort als Dringlichkeitsantrag Beschluß zu fassen.

Diese Anträge riefen im Kongreß lebhaftere Erregung hervor, zumal die Soldaten kategorisch auf sofortiger Erledigung bestanden. Es gelang, die Leute zu beruhigen, sich etwas zu gedulden und in eine kurzfristige Erörterung der Forderungen einzutreten. Das Ergebnis war, daß mit einigen Abänderungen insbesondere des ersten Teiles der Kongreß die Wünsche als eine so schnell wie möglich in die Praxis umzusetzende Notwendigkeit anerkannte und ihnen zustimmte.

Aus den übrigen Verhandlungsgegenständen ist zu erwähnen ein Vortrag über die Notwendigkeit der Sozialisierung und über das dabei zu beobachtende Tempo. Zu heftigen Auseinandersetzungen über die Politik der Volksbeauftragten kam es bei den verschiedensten Gelegenheiten, insbesondere bei der Berichterstattung des Volksrats. Es wurde der Vorwurf erhoben, daß die Volksbeauftragten zu wenig aktiv seien und nicht sehr genau gegen die von militärischen Kreisen gemachten konterrevolutionären Treibereien vorgehen, überhaupt den Generälen die offene Verhöhnung der Revolution durchgehen lassen anstatt mit eiserner Faust diesen Todfeinden der Revolution den Garauß zu machen. Am Schluß des Kongresses kam es noch zu stürmischen Austritten, die damit endeten, daß die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokraten zeitweilig den Saal zum Protest verließen. Bei der Wahl zum Zentralrat wurden nur Mehrheitssozialisten gewählt, nachdem unsere Genossen eine Wahl abgelehnt hatten.

So hat dieser Kongreß der Räte alle Hoffnungen verlebenen zurück gemacht, die überhaupt noch gehofft hatten. Jetzt ist die Nationalversammlung berufen. Am 19. Januar ist die Wahl. Nur wenige Tage trennen uns vom Wahltermin. Ganz gleich, wie man zur Nationalversammlung stehen mag: die kurze Zeit muß dazu benutzt wer-

den, weite Kreise für den Sozialismus zu gewinnen. Je intensiver das geschieht, in je größere Kreise das Verständnis und die Ueberzeugung für die Notwendigkeit der Ueberführung der kapitalistischen Produktion und Güterverteilung in eine sozialistische hineingetragen wird, desto leichter wird sich die zweite wirklich soziale Revolution vollziehen, die der endgültigen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende macht. Deshalb darf es kein Ausruhen geben, neue Arbeit und immer wieder Arbeit im sozialistischen Sinne muß unsere Parole sein. Die Arbeiterräte aber, vor allem in den Betrieben, müssen ausgebaut, müssen auf feste Grundlagen gestellt werden. Denn sie werden berufen sein, in diesem Umwandlungsprozesse eine große historische Aufgabe zu erfüllen. Das braucht nicht unter allen Umständen im prinzipiellen Gegensatz zur Nationalversammlung zu geschehen, es liegt die Möglichkeit vor, daß eine entsprechend zusammengesetzte Nationalversammlung den Räten feste Grundlagen geben kann. Tut sie das nicht, wird ihr der Kampf, zäher Kampf angesagt werden müssen. Immer aber gehört dazu: sich zu rühren und aufzuklären, wo das nur möglich ist. Ohne Arbeit kein Preis!

el.

A. Hoffmann's Verlag

Theater-, Buch- und Musikalien-Literatur

G. m. b. H.

Berlin O. 27, Blumenstraße 22, I.

Bestellungen auf alle Erscheinungen des Bücher- und Musikalienmarktes werden prompt und zu Original-Verlegerpreisen ausgeführt.

Es empfiehlt sich,

Bestellungen auf Festgeschenke recht frühzeitig aufzugeben.

Schriften-, Theater- und Musikalienkataloge auf Wunsch gratis und franko.

Für Theateraufführungen, Unterhaltungs- und Bunte Abende

Auswahlendungen

an Vereine bereitwillig. (Vereinsstempel ist der Bestellung beizubringen und die Nummer des Kataloges anzugeben.)

Der Verlag übernimmt Herausgabe

und Vertrieb aller Buch- und Theaterliteratur, die dem freien Gedanken und den Prinzipien der wahren Sozialdemokratie nicht widersprechen.

Der freundlichen Unterstützung aller Gesinnungsgenossen entgegengehend

D. D.

«Die Freiheit»

Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Erscheint täglich 2 mal :: Abonnementspreis 2 Mark im Monat, dazu Postbestellgeld

«Die Freiheit» ist im 1. Nachtrag der Postzeitungsliste für das Jahr 1919 eingetragen und bei jeder Postanstalt beziehungsweise beim Briefträger zu bestellen.

Der erste Akt.

Das war vor der Entscheidungsschlacht!
In eurem Lager wüßtes Lärmen!
Die Becher klangen durch die Nacht,
Musik, Geschrei und trunk'nes Schwärmen.
Wir sahen euch im Tanze drehn
durch eurer Lagerfeuer Qualmen
und ließen uns herüberwehn
vom Wind die Melodie von Psalmen.

Da ward gebetet und gesucht,
denn abseits von der toßen Rote
hat zitternd Trost und Schutz gesucht
das Muckertum bei seinem Gotte;
und während auf den Katen lag
mit Angstgeplär der Troß der Pfaffen,
schliff pfeisend für den „Ehrentag“
der Uebermut sich seine Waffen.

So habt ihr, prahlend und verzagt
und mit gehenschem Vertrauen,
die Nacht verjubelt und verklagt,
statt ernst auf's gute Recht zu bauen;
und während still das Dunkel wich
dem Tag und seiner Strahlenkrone
vollzog in finst'rem Schweigen sich
der Aufmarsch un'rer Bataillone.

Wir aber stehen stumm und dicht
in Massen wieder und Kolonnen,
wir sind die blöden Narren nicht,
zu glauben, alles sei gewonnen.

Vernehmlich ließen durch die Reihen
geflüster Kommandoworte;
ein jeder stand im Morgenschein
geschlossen am bestimmten Orie.
Wir wußten, wo der Gegner stand,
und konnten nicht im Wege irren,
und wenn ein Laut sich hob und schwand,
so war's der Waffen leises Klirren.

Wohl krampfte zornig sich die Hand,
wohl schlug das Herz in heißem Grimme,
doch selbst die tiefste Wallung fand
in diesen Stunden keine Stimme,
und kaum ein Lächeln ward getauscht
von Freunden, wie ein ernstes Mahnen,
als leicht im Morgenwind gerauscht
die ehrenreichen roten Fahnen.

Ein Wink, dann ein Trompetenstoß,
ein Schrei des Hasses tausendstimmig —
und furchtbar brach das Wetter los,
wildschön, erhaben, aber grimmig!
Das war kein zierlich Lanzenpiel,
das war ein Kampf auf Tod und Leben,
und wer von unsern Hieben fiel,
dem wurde kein Pardon gegeben.

Das große Schauspiel hat gepackt —
es kehrt mit einem Eisenbesen;
doch ist's, ihr Herren, der erste Akt
des Riesendramas nur gewesen!

Und wie sie fielen! Links und rechts
brach's wie der Sturm in ihre Glieder,
warf rauh die derbe Faust des Knechts
die zarten, seidnen Herrlein nieder.
Der Sturm zerblies ihr Heer wie Schaum —
sie suchten sich umsonst zu sammeln,
und selbst die Frömmsten fanden kaum
die Zeit, ein Stoßgebet zu sammeln.

Ward keinesgleichen je gesehn,
gewaltigste der Niederlagen?
Um die Armada wars gesehn,
bevor sie sich noch recht geschlagen;
und mancher prahlerische Held,
geziert mit Federn und mit Ketten,
irrt jammernd süchtig übers Feld
und sucht verzweifelt sich zu retten.

Nach ihren stolzen Fahnen greift
die Hand des Niedrigsten und Letzten;
durch Blut und Kot der Wahstatt schleift
er spöttisch singend die Zerfetzten.
Und was nur splitterte, nicht brach,
entram nicht rächenden Geschickten,
denn unter dieser Last von Schmach
wird es wie Rohr zusammenknicken.

Lavan.

Aus unserer Leidenszeit.

Wir leben in einer Zeit, in der man nicht Geschichte schreibt, sondern Geschichte macht. Die Gegenwart und die Zukunft erfordern unsere ganze Aufmerksamkeit, unser ganzes Interesse und unsere ganze Kraft. Wenn wir heute trotzdem einen Blick rückwärts werfen, so deshalb, weil es sich um einen Scheidenden oder besser gesagt, um eine Scheidende handelt. Diese Nummer des Mitteilungsblattes soll vorläufig die letzte sein, die in dieser Form aus der Druckpresse hinausgeht. Da ziemt es sich, einen kurzen Rückblick zu werfen, auf den Weg, den wir gehen mußten. Dieser Weg war ein Leidensweg schlimmster Art. Unser Mitteilungsblatt war vor dem November 1916 für innere Organisationsangelegenheiten in Groß-Berlin bestimmt und erschien monatlich nur einmal für die Funktionäre. Die Zuspitzung der inneren Gegensätze in der Partei führte vor allem in Berlin zu heftigen Auseinandersetzungen, die sich buchstäblich um die Macht in der Berliner Organisation und um den Besitz des „Vorwärts“ drehten. Die Leitung der Berliner Organisation wurde den Händen der Ernst und Co. entwunden; der „Vorwärts“ wurde unseren Genossen geraubt und die Vorwärts-Redakteure aufs Pflaster geworfen. Täglich wurden sie beschimpft, beleidigt, ohne daß wir antworten konnten. Am entscheidendsten war uns, das Mitteilungsblatt in unsern Dienst zu stellen, zumal neue Blätter grundsätzlich nicht genehmigt wurden. Wir machten Anfang November 1916 dem Oberkommando die einfache Mitteilung, daß unser Blatt nun wöchentlich erscheint. Darauf erhielten wir die Antwort, daß das Oberkommando unsere Mitteilung vom wöchentlichen Erscheinen einer Genehmigung bedürfe; eine Versagung erfolgte nicht. Und so erschien das Mitteilungsblatt wöchentlich. Wir gestalteten seinen Inhalt nach und nach um. Zunächst hatten wir alle Hände voll mit den inneren Berliner Parteikämpfen, abzuwehren und anzugreifen und unsern Genossen Kampfesmut zu geben. Wir setzten sofort die Aufhebung der Zensur durch, die unsere Vorgänger ohne ein Wort des Widerpruches über sich hatten verhängen lassen, obwohl es sich nur um ein Informationsorgan der Organisation handelte. Die ersten Monate mußten wir den größten Teil unseres Kampfes den Kreditbewilligern und Organisationszertrümmerern widmen. Wir mußten den Herrschaften im Lindenhaufe die Nase vom Gesicht reißen und sie den Berliner Arbeiter als das denunzieren, was sie waren, getreue Knechte der Regierung Bethmann-Hollweg und die Schildehalter der kapitalistischen Kriegsmacher. Diese Aufgabe war nicht so einfach. Die Zensur hinderte uns in diesem Kampfe: sie fiel uns fortgesetzt in den Arm. Unter welchen Umständen die Redaktion des Mitteilungsblattes zu arbeiten hatte, geht daraus hervor, daß keine Nummer herauskommen konnte, ohne daß wir gerüffelt wurden.

Hier einige Beispiele. In einem Schreiben des Oberkommandos vom 4. Januar 1917 an die Redaktion heißt es u. a.:

„Berlin B. 10, den 4. Januar 1917.
Viktoriastraße 25.“

Im Leitartikel der Nr. 15 Ihres Blattes vom 24. d. Mts. schreiben Sie auf Seite 2 von denen, die in allen Ländern gleichmäßig, bewußt und unbewußt, diese Völkerverkatastrophe entfesselt und sie mit der Leidenschaft des Hasses und mit kühl be-

rechnender Anwendung der Wassengewalt in das dritte Kriegsjahr verlängert haben.“ Diese Worte enthalten eine mit voller Bewußtheit ausgesprochene große Verunglimpfung unserer Arbeit oder einzelner Männer Deutschlands in besonders verantwortungsvoller Stellung. Im nächsten Absatz sprechen Sie davon, daß die deutsche Friedensbotschaft mit offenen oder versteckten Drohungen mit einer noch ausschließlicheren und blutigeren Fortsetzung des Krieges begleitet wird.“ Hierin ist eine Kritik der militärischen Kriegsführung zu erblicken, die allgemein verboten ist.

Sie werden deshalb erneut und mit allem Nachdruck daran erinnert, daß das Recht der Vertretung der eigenen Meinung auch für das Mitteilungsblatt die Pflicht in sich schließt, sich im Hinblick auf das Interesse des deutschen Vaterlandes Zurückhaltung aufzuerlegen, und daß Ihnen ein Recht auf Veröffentlichung von abfälligen Bemerkungen über die Art unserer Kriegsführung in keiner Form zusteht. Weitere Verstöße gegen derartige selbstverständliche und Ihnen wohlbekannte Bestimmungen müßten ernste Zensurmaßnahmen gegen Ihr Blatt zur Folge haben.

Von Seiten des Oberkommandos.
Der Chef des Stabes.
gez. v. Berge.

An die Redaktion des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend
Berlin S. W. 68
Lindenstr. 3.

Unter dem 7. Februar 1917 schreibt das Oberkommando:

Berlin B. 10, den 7. Februar 1917.
Viktoriastraße 25.

In Nr. 21 Ihres Blattes vom 4. d. Mts. bringen Sie auf Seite 5 längere Ausführungen über die „Organisationsfähigkeit der Arbeiterinnen“. Sie versuchen dabei nachzuweisen, daß die Frauen da oft handeln, wo der Mann nur murrte, daß unter den Arbeiterinnen „sehr rasch eine Bewegung zustande kommt, die so plötzlich und überraschend sich äußert, so ohne jede Rücksicht sich durchsetzt und schnell solche Massen ergreift, daß die zögernde Vorsicht der Männer sich daran gemessen als großer Mangel an Entscheidungsfähigkeit darstellt.“ Gleichsam als Beleg für die Behauptung berichten Sie dann eingehend von dem Verhalten der Magdeburger Straßenbahnschaffnerinnen, deren „Einmütigkeit ihnen nach kurzer Zeit den Sieg erzwang.“ Die Ausführungen dazu lassen deutlich erkennen, daß Ihnen das Verhalten der betreffenden Frauen gerade für die Gegenwart vorbildlichen Wert zu haben scheint und es nach Ihrer Ansicht verdient, den männlichen Arbeitern als nachahmungswertes Beispiel hingestellt zu werden. Auf Seite 1 der gleichen Nummer bezeichnen Sie obenein die Meinung, „daß man die Massen nicht ungestraft drei Jahre lang in einem burgfriedlichen Winkel rostig und schartig werden lassen darf“, als Ihre einzige Sünde, nehmen sie also als Ihr gutes Recht in Anspruch.

Derartige Ausführungen erregen in der ernstesten Zeit, die wir durchleben, hier schwere Bedenken. Ihre Beberzigung und Unsehung in die Tat könnte die Interessen der Allgemeinheit offenbar in Einzel-

fällen ernstlich gefährden. Es liegt zunächst noch kein Grund vor anzunehmen, daß Ihre Ausführungen bewußt auf solche Schwierigkeiten hinarbeiten wollten, das Oberkommando sieht sich jedoch — dem Ernste der Zeit entsprechend — veranlaßt, Sie ergebend auf die Gefahren hinzuweisen, die die Veröffentlichung derartiger Ansichten und Rückschlüsse mit sich bringt, und Sie zugleich dringend zu ersuchen, in Zukunft auch eine solche Wirkung Ihrer Worte eingehend zu erwägen, damit das „Mitteilungsblatt“ nicht nach und nach einen Inhalt erhält, der unbedingt zur Anwendung entsprechender ernster Zensurmaßnahmen müßte.

Von Seiten des Oberkommandos.
Der Chef des Stabes.
gez. v. Berge.

An die Redaktion des Mitteilungsblattes des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

Berlin S. W. 68
Lindenstr. 3.

Unter dem 2. Juni 1917 schreibt das Oberkommando:

Berlin B. 10, den 2. Juni 1917.
Viktoriastraße 25.

Der Leitartikel „Was will das werden?“ in Nr. 9 des „Mitteilungsblattes“ vom 27. v. Mts. hat zu den ernstesten Bedenken Anlaß gegeben. Es wird in ihm gesagt, daß die „feudal-kapitalistische und bürgerlich-kapitalistische Weltanschauung die stauische Weltanschauung verdrängt“ haben, während an anderer Stelle von der „radikalisch-zwischenmenschlichen Theorie vom Verteidigungskriege“ die Rede ist. Zugleich wird die Forderung einer internationalen aufgestellten, die ihre nationalen Glieder zu wirklichen Friedensstaaten verpflichtet und nicht bloß in platonischen Friedensbekundungen schwelgt. „Die Mitwirkung der Proletariatsmassen in jedem Lande“ wird ausdrücklich für „notwendig“ erklärt in dem Sinne, daß sie sich nicht auf beherrschbare Beschlüsse beschränken, sondern wirkliche Friedensarbeit leisten und den Kampf bis auf Messer gegen alle imperialistischen Gewalten aufnehmen.“ In diesen und manchen anderen Gedanken und Einzelwendungen des Artikels liegt eine Gefährdung nationaler Interessen und eine Vorbereitung zur Untergrabung der öffentlichen Sicherheit. Die Schriftleitung wird deshalb hiermit auf das Nachdrücklichste verwarnet. Sollten künftige Artikel des „Mitteilungsblattes“ sich, auch in der Polemik gegen andere politische Parteien, nicht völlig von derartigen Gedankengängen und Aufforderungen freizubehalten wissen, so würde die Redaktion die unverzügliche Anwendung schärfster Zensurmaßnahmen zu gewärtigen haben.

Von Seiten des Oberkommandos.
Der Chef des Stabes.
gez. v. Berge.

An die Schriftleitung des „Mitteilungsblattes“ des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

Berlin S. W. 68
Lindenstr. 3.

Nun darauf verschärfte das Oberkommando seine Maßnahmen gegen uns. Wir wurden mit folgenden Schreiben beehrt:

Berlin W 10, den 12. Juni 1917.
Viktoriastraße 25.

Der Inhalt der Nummer 11 des „Mitteilungsblattes“ vom 10. Juni 1917 gibt Veranlassung, in Anbetracht an die im diesseitigen Schreiben vom 2. d. Mts. ausgesprochene nachdrückliche Verwarnung, der Schriftleitung auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1915 die Verpflichtung aufzuerlegen, von nun an vor dem Vertrieb einer jeden neuen Nummer des „Mitteilungsblattes“ regelmäßig ein Exemplar dem Oberkommando zur Prüfung vorzulegen. Der Vertrieb einer jeden neuen Auflage darf erst nach erfolgter Prüfung und besonderer Genehmigung von Seiten des Oberkommandos erfolgen.

Die Schriftleitung wird ersucht, aufgefordert, den Empfang dieses Briefes zu bestätigen und unter besonderem Hinweis auf die strikte Erfüllung der auferlegten Verpflichtung mitzuteilen, wann und bis zu welcher Stunde der Vorlage des Exemplars entgegenzusehen werden kann.

Von Seiten des Oberkommandos.
Der Chef des Stabes.
Geg. v. Berge.

In die Schriftleitung des „Mitteilungsblattes“ des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

Berlin O. 68
Hindenburgstr. 3.

Gegen die Zensur waren wir machtlos; sie war ja allmächtig. Aber den Schein wollte sie wahren. Man wollte nicht zugeben, daß wir unter Zensur gestellt waren, und die Vertriebsgenehmigung mußten wir haben, ehe wir unser Blatt drucken und verbreiten durften. Um diese Genehmigung zu erhalten, mußten wir das seitig umdrehsene Blatt einreichen und ehe es gedruckt wurde alle der Zensur nicht genehmen Stellen daraus entfernen. Das ist noch schlimmer, als wenn die Artikel einzeln eingekauft werden müßten. Durch diese Maßnahme war es immer ungewiß, wann wir das Blatt herausbringen konnten.

Unter welchen Umständen die Vertriebsgenehmigung erfolgte, geht aus zahlreichen Schreiben hervor, die wir vom Oberkommando erhielten.

Man lese:

Berlin W 10, den 12. Juli 1917.
Potsdamer Straße 22 a.

Der Vertrieb der Nr. 16 des „Mitteilungsblattes“ wird hiermit genehmigt. Nachdruck und Vervielfältigung des in der Beilage 2, 3. Spalte abgedruckten Briefes Scheidts an die deutsche Sozialdemokratie wurden durch Wolffstr. vom 5. 7. d. Mts. verboten. Es wird daher ersucht, darauf hinzuwirken, daß von der Veröffentlichung dieses Briefes auch in Ihrem Blatt Abstand genommen werden mag.

J. B.
Geg. Beer.

In die Schriftleitung des „Mitteilungsblattes“ des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

Berlin O. 27,
Schillerstr. 5.

Berlin W 10, den 19. Juli 1917.
Potsdamer Straße 22 a.

Der Vertrieb der hier zur Prüfung vorgelegten Nr. 17 des „Mitteilungsblattes“ wird unter der Bedingung genehmigt, daß in dem Artikel „Die innere Politik Deutschlands“ der vorliegende Absatz (Nach einer Mitteilung des verurteilten) fortgelassen wird, da er eine verschiedenen Redaktionen anderer Zeitungen gegenüber gerügte, an sich unzulässige Veröffentlichung von Kriegsgerichtsurlaufen darstellt, und daß ferner die gleichfalls unzulässige Notiz aus Königsberg i. Pr. (Wilhelm Liebknecht bis „sozialistische Auffklärung“) in Fortfall kommt.

J. B.
Geg. Beer.

In die Redaktion des „Mitteilungsblattes“ des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

Berlin O. 27,
Schillerstr. 5.

Berlin W 10, den 26. Juli 1917.
Potsdamer Straße 22 a.

Die Nr. 18 des „Mitteilungsblattes“ vom 29. d. Mts. wird in der eingereichten Form nur unter der Bedingung zum Vertrieb zugelassen, daß der Artikel „Friedenszieldebatte und Unabhängige sozialdemokratische Partei“ und der entsprechende Hinweis in dem Artikel „Reichstags-Aktuelle“ in Fortfall kommen.

J. B.
Geg. Beer.

In die Redaktion des „Mitteilungsblattes“ des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

Berlin O. 27,
Schillerstr. 5.

Berlin W 10, den 9. August 1917.
Potsdamer Straße 22 a.

Der Vertrieb der Nr. 20 des „Mitteilungsblattes“ in der eingereichten Form kann nur unter der Bedingung genehmigt werden, daß die Überschrift des Leitartikels und der Absatz auf Seite 1 „Wir halten es mit — statt Brot kochen“, ebenso wie der Schlußsatz des Artikels „Die neuen Männer“ im Hauptblatt Seite 2 („wobei wir — stehen“) und der Artikel „Die Metallarbeiter in Halle“ auf Seite 4 der Beilage in Fortfall kommen.

J. B.
Geg. Beer.

In die Redaktion des „Mitteilungsblattes“ des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

Berlin O. 27,
Schillerstr. 5.

Berlin W 10, den 30. August 1917.
Potsdamer Straße 22 a.

Der Vertrieb der Nr. 23 des „Mitteilungsblattes“ wird in der hier eingereichten Form unter der Bedingung genehmigt, daß der aus der „Friedenspartie“ übernommene Artikel „Was richtet die Weltgeschichte?“ in Fortfall kommt.

A. B.
Geg. Weinberg.

In die Redaktion des „Mitteilungsblattes“ des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

Berlin O. 27,
Schillerstr. 5.

Berlin W 10, den 6. September 1917.
Potsdamer Straße 22 a.

Der Vertrieb der Nr. 24 des „Mitteilungsblattes“ wird in der hier eingereichten Form unter der Bedingung genehmigt, daß im 3. Absatz des Leitartikels „Regierungssozialistische Kapitalgeheimnisse“ die Sätze „Die französischen Präleten — nicht geben“, in der 2. Spalte der „Wochenchau“ der Absatz „Holland hat — Kriegswinter erwart“ und in dem Artikel „Stockholm“ der Beilage der Schlußsatz des ersten und des zweiten Absatzes „Dazu kommt — unterrichtet werden“ und „Wird das — ergehen lassen?“ in Fortfall kommen.

A. B.
Geg. Weinberg.

In das „Mitteilungsblatt“ des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

Berlin O. 27,
Potsdamer Straße 22 a.

Unter Bezugnahme auf das heutige Telefongespräch mit dem Redakteur Herrn E. Leib wird Ihnen ergeben mitgeteilt, daß der Vertrieb der Nr. 25 Ihres Blattes nur unter der Bedingung zugelassen werden kann, wenn der Satz „An der Westfront... bis... zu ändern“ in dem Artikel „Kriegsereignisse“ im 3. Hauptblatt sowie der Artikel „Versammlungsverbote“ in der 3. Beilage fortfallen.

J. B.
Geg. v. Benda.

In die Redaktion des „Mitteilungsblattes“ des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

Berlin O. 27,
Schillerstr. 5.

Berlin W 10, den 20. September 1917.
Potsdamer Straße 22 a.

Der Vertrieb der Nr. 26 des „Mitteilungsblattes“ vom 23. September 1917 wird unter der Bedingung genehmigt, daß der letzte Absatz von „Der unabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden“ bis „vor der eigenen Türe zu kehren“ in dem Artikel „Was sich die Vaterländischen leisten können“ zum Fortfall kommt.

A. B.
Geg. v. Benda.

In das „Mitteilungsblatt“ der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

Berlin O. 27,
Schillerstr. 5.

Berlin W 10, den 11. Oktober 1917.
Potsdamer Straße 22 a.

Der Vertrieb der Nr. 29 des „Mitteilungsblattes“ wird unter der Bedingung genehmigt, daß folgende Stellen zum Fortfall kommen:

Was „richtet“ die Weltgeschichte?

Von Prälat Dr. Paul v. Radziejewski, Brixen.

Die Weltgeschichte, hat man gesagt, sei auch das Weltgericht. In einem besonderen Sinne erscheint sie als das Weltgericht über — Einseitigkeiten, Rassenhass, Herrschenmenschen, dynastische Hauspolitik, Verlangen nach einer Hegemonie auf dem Weltlande oder einer unbeschränkten Suprematie auf allen Weltmeeren; das Vortreiben, Handelsprodukte und Verkehrswege zu monopolisieren; die verschiedenen Formen des religiösen, staatsrechtlichen, sozialen, ökonomischen, nationalen Fanatismus — sind es nicht alles Einseitigkeiten, über welche die Weltgeschichte immer wieder ihr vernichtendes Urteil spricht? Nicht bloß eine offenkundige und offene Verletzung fremder Rechte schafft uns Feinde. Das tut ebenso die rücksichtslose, blinde einseitige Betonung der eigenen Rechte...

Und gerade weil es nicht das offene Unrecht, sondern ein überspanntes Recht ist, für das man sein Schwert aus der Scheide zieht, wird es jeder Regierung so leicht, mit Hilfe einer gefügigen Presse ein ganzes Volk in kürzester Zeit bereit für eine Weltkriege zu begeistern, daß es willig oder sogar freudig die größten Opfer an Gut und Blut bringt. Der gegenwärtige Weltkrieg offenbart uns eine aus dem ersten Blick paradox erscheinende Tatsache: alle Völker, haben wie drüber, sind überzeugt, daß sie für die gerechte Sache kämpfen. Von den Überzeugungen der Regierungen und Diplomaten rede ich hier nicht. Ich habe die Massen im Auge, die regiert werden. Der Gedanke, daß die Völker, die man nicht zur Abstimmung über Krieg und Frieden zugelassen hat, wenigstens nicht bewußter Weise für den Sieg des Unrechts kämpfen, hat immerhin etwas Erlösendes: man braucht sich also nicht viel Mühe...

*) Wir gehen dieses Feuilleton in der Schlussnummer als einen kleinen Beweis für das Bekenntnis der Zensur gegen das „Mitteilungsblatt“. Vor ungefähr Jahresfrist war es gesagt und sollte in eine Nummer unseres Blattes aufgenommen werden. Es wurde aber in vollem Umfange vom Zensur verboten. Die Militärbehörde wollte eben keine Stimme der Menschlichkeit laut werden lassen. Das deutsche Volk sollte unter allen Umständen auf den Völkervertrag eingedrillt werden, damit das Massenwürgen ungehindert seinen Fortgang nehme. Aber auch über diese Gewaltpolitik hat die Weltgeschichte jetzt ihr Verdammungsurteil gesprochen. Aufgabe der Revolution ist es, dafür zu sorgen, daß sich verbrecherischer Wahnsinn niemals wieder Wurzel schlagen.

tionen kriegsgelegener Kulturmenschen als eine blutige Wundenhorde vorzustellen. Im Gegenteil: die Mehrzahl der Kriegsteilnehmer kämpft für eine „belle Sache“. Und ganz unheimlich ist die Sache keiner Nation. Daß man überall auch von dem eigenen Recht reden kann, wenigstens in einigermaßen plausibler Weise, das macht die ganze Kriegsbegeisterung — und sogar die ganze Kriegsbereitschaft Europas — einigermaßen plausibel. Das eigene Recht zu verteidigen oder zu erweitern, ist offenbar wiederum ein — Recht. Handelt es sich um das Recht eines ganzen Volkes, so ist der Kampf um's Recht vollständig — patriotisch. Ein Verzicht auf dieses Recht erscheint als Schwäche, als Feigheit, als Verrat — ist unpatriotisch.

Soweit wäre alles verständlich und klar. Wenn man aber bedenkt, daß eine Regierung mit Hilfe der Presse — d. h. der Presse-Inspiration und der Zensur — sojagen im Handumdrehen einem ganzen Volke eine ganz bestimmte „Rechtfertigung“ insulieren kann, so wird das ethische Problem wieder unklar und schwierig. Und noch dunkler wird es, wenn wir uns sagen müssen: Schon in der Schule werden die Vorbedingungen geschaffen, welche es überhaupt ermöglichen, daß Millionen gebildeter und gesunder Menschen in einem Augenblicke gegen Millionen anderer gebildeter und gesunder Menschen, mit denen sie bisher gemeinsam geistige und materielle Werte schufen, vom wütendsten Hass erfüllt werden. Wir wollen uns klar ausdrücken: Schon bei der Erziehung verfallen wir auf eine verhängnisvolle Einseitigkeit: wir überspannen die an und für sich edle und notwendige Vaterlandsliebe. Aus einem Rechte auf das eigene Volkstum entwickeln wir ein Unrecht gegen unsere Mitmenschen. Eine heilige Pflicht gegen die Heimat unserer Geburt und unserer Wahl einstellen wir zur Karrikatur des Übermutes und der Selbstgerechtigkeit. Aus der selbstverständlichen Tatsache, daß wir die eigene Mutter am innigsten lieben, pressen wir gleichsam die sophistische Doktrin, man müsse die Mütter fremder Leute hassen...

Jeder Chauvinismus, jeder überspannte Nationalismus, aller krankhafte Rassenhass muß vom Erzieher als Menschenfeindlichkeit und Unmoralität gebrandmarkt werden. Die Anschauung, daß der Ausländer oder Fremde als solcher minderwertig sei, auch man als eine Art Hezenwahn verlassen. Allerdings wird der Spott, der ja eigentlich eine negative Waffe ist, allein nicht gar viel gegen solche bornierte Vorurteile ausrichten. Positive Bildung ist das beste Heilmittel gegen menschenfeindliche Anschauungen...

Ferner hat m. E. die wahre Herzens- und die höhere Geistesbildung in den letzten Jahrzehnten unter

der einseitigen Betonung der Vorteile eines technischen Fachwissens nicht unbedeutend gelitten. Ist es nicht gerade die Technik (im weitesten Sinne dieses Wortes), die den kriegsführenden Völkern eine so grausam-rassistierte Kampfesweise ermöglicht? Alle sog. „Erzengelheiten der Menschheit“ sind in den Dienst der Riesenmaße gestellt worden. Freilich — wir wollen gerecht abwägen! — auch in den Dienst der Sanitätskolonnen und der Lazarette. Aber das eigentliche Charakteristische dieses langwierigen Weltkrieges ist und bleibt doch die — man möchte fast sagen „fanatische“ — Ausbeutung unseres gesamten technischen Wissens und Könnens. Mögen die kommenden Geschlechter, zumal die Pädagogen, allen Scharf sinn darauf verwenden, wie man eine richtige Synthese zwischen den technischen Fortschritten und den sog. Geisteswissenschaften zustande bringe...

Der Annäherung oder besser der Wiederannäherung der einzelnen Nationen einander werden natürlich die auf beiden Seiten neu erwachenden Handelsinteressen dienen. Eine allgemeine oder teilweise Boykottierung dieser oder jener Nation durch ihre Feinde wird niemals von langer Dauer sein können. Die Kaufleute aller Länder, die Produzenten, Spektateure, Großhändler, Verleger und Abschreiber sind aufeinander angewiesen. Sie alle brauchen sodann die Techniker und die Techniker brauchen sie. Und das ist gut für die Welt, die auf diese Weise früher oder später durch die Not zu friedlicher Arbeit erzogen wird. Das materielle Interesse wirkt also völler verbindend. Aber es wirkt auch völler trennend. Der gegenwärtige Krieg beweist es ja — denn Rivalitäten ökonomischer Natur sind an seiner Entstehung stark beteiligt. Darum wird das materielle Interesse den Völkern niemals einen langen Frieden verhüten. Habgucht, Gewinnlust, Eroberungssucht schauen immer wieder nach neuen „Interessensphären“ aus, wie man so elegant auf diplomatisch sagt. Dabei die „Expansionspolitik“ in der einen oder anderen Form. Dabei die Rivalitäten haben und drüber, für welche alle Weltbeit der Völkervertrag und Gesandten kein Heilmittel findet. Dabei der bewaffnete Friede, um den Krieg zu verhindern. Dabei der rücksichtslose Krieg, um den Frieden zu diktiert...

Die Völker kennen einander nicht genügend. Wer längere Zeit — also nicht etwa bloß als Tourist — in einem fremden Lande gelebt, wer sich in die Gesellschaft eines fremden Landes eingelebt hat, wer eine fremde Sprache wirklich beherrscht und dadurch befähigt ward, in die Literatur und die Denkweise eines fremden Landes verständnisvoll einzudringen, für den — ist jenes Land kein „fremdes“ Land mehr. Der Satz „tout comprendre c'est tout pardonner“ (alles verstehen heißt alles verzeihen) erweist sich immer als

S. 3, 1. Spalte, der Artikel „Junkte Politik“ von „der berühmte Siebener-Ausschuss“ ... bis „über eifrig-foingringische Fragen verhandelt.“ (2. Absatz.)

S. 6., der ganze Artikel „Kriegslegend im böhmischen Erzgebirge“.

J. A. gez. v. Benda.

An die Schriftleitung des „Mittellungsblattes des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend“

Berlin D. 27, Schilderstr. 5.

Berlin B 10, den 18. Oktober 1917. Potsdamer Straße 22 a.

Unter Bezugnahme auf das telefonische Gespräch mit Ihrem Redakteur, Herrn C. Leid, wird Ihnen ergebend mitgeteilt, daß der Vertrieb der Nr. 30 des „Mittellungsblattes“ nur unter der Bedingung genehmigt wird, daß folgende Stellen in Fortfall kommen:

- 1. auf Seite 1 der im 1. Satz des Leitartikels enthaltene Hinweis auf die Jenzur.
2. Auf Seite 2 der in dem Artikel „Kriegsereignisse“, im 2. Absatz von „in diese von Geröll, Schlamm ... bis an diesem Bahne festhalten?“

Auf der letzten Seite die Notiz „Eingestelltes Verfahren wegen Landesverrat.“

J. A. gez. v. Benda.

An das „Mittellungsblatt“ des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

Berlin D. 27, Schilderstr. 5.

Berlin B. 10, den 25. Oktober 1917. Potsdamer Straße 22 a.

Der Vertrieb der Nr. 31 des „Mittellungsblattes“ wird unter der Bedingung genehmigt, daß

- 1) die beiden letzten Sätze des Artikels „Das Würgburger Bekenntnis zum Regierungssozialismus“ in Fortfall kommen, daß
2) die Zensurverurteilung beachtet wird, nach der die Oberste Herrscherleitung, somit auch die Namen Hindenburg und Ludendorff nach jeder Richtung hin aus den Parteiberichten und den Streit der politischen Meinungen ferngehalten werden.

J. A. gez. v. Benda.

An die Redaktion des „Mittellungsblattes“ des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

Berlin D. 27, Schilderstr. 5.

Berlin B 10, den 8. November 1917. Potsdamer Straße 22 a.

Der Vertrieb der Nr. 33 des „Mittellungsblattes“ wird nur unter der Bedingung genehmigt, daß folgende Stellen in Fortfall kommen:

wahr, wenn man erst einmal mit denen vertraut geworden ist, die man vorher aus Vorurteil oder auch aus reiner Dummheit für Menschen zweiter Klasse hielt, weil man für sich und die Seinen die erste Klasse referiert hatte. Kommt nun zu dem wirklichen Wissen um ein anderes Volk noch die Erkenntnis der wissenschaftlich festgelegten Tatsache hinzu, daß es auch keine „Rassenfrage“ geben kann (aus dem sehr einfachen Grunde, weil es nirgends mehr reine Rassen gibt), dann ist dem unvernünftigen Hass die Hauptnahrung entzogen — es sei denn, daß der Völkler sich täglich zwei oder drei Mal durch sein bloßes Leibblatt von der „Superiorität“ seiner Nation (bezw. der Romanen, Germanen, Slaven oder Angloamerikaner) „überzeugen“ lasse. Solange man es als ein Unglück oder gar als eine Possen sieht, wenn jemand nicht in unserer gebenedelten Vaterlande auf die Welt gekommen ist, solange huldigt man einer einseitigen Lebensauffassung, die, wenn sie öffentlich betont wird, natürlich auf der andern Seite abermals zu Einseitigkeiten herausfordert. Man braucht derartige Einseitigkeiten nur zu organisieren und — die Kriegserklärung ist da. Die Weltgeschichte, wie gesagt, rächt alle solche Einseitigkeiten. Sie lehrt uns, daß Schmutz vor dem Kalte kommt und daß kein Volk auf die Dauer andern Völkern seinen Willen aufzwingen kann.

Auch die Schriftführer und Jugendführer müßten diesen Geist der Versöhnlichkeit und des gegenseitigen Verständnisses atmen. Uns drückt es gar nicht einmal besonders schwer, den Nachweis zu führen, daß gerade das, was wir als „unserer Zivilisation“ bezeichnen, ein Ergebnis unzähliger ineinander wirkender alter und neuer Kulturen ist. Allerdings wird der oberflächlich gebildete Mensch es immer einfacher finden, ein möglichst einseitiges Kulturbild zu fördern. Es bringt ihm diese Richtung auch am meisten Ehre bei seinen Zeitgenossen, wenigstens bei der Masse, und außerdem bei denen, die Titel und Auszeichnungen zu vergeben haben. So liegen die Dinge heutzutage. Vielleicht kommt aber doch einmal eine Zeit, wo man jede Einseitigkeit als einen Mangel an wahrer, tieferer Bildung nicht bloß empfindet, sondern geradezu brandmarkt, und wo die Gesellschaft es ablehnt, sich von Menschen regieren zu lassen, deren politische Grundansätze folgerichtig immer wieder zu Völkerringen mit blutigem Ausgang führen müssen.

Immer neue Kulturwerte schaffen, um sie immer wieder zu zerstören — das kann nicht die Aufgabe einer zivilisierten Menschheit sein. Mögen gewisse Einseitigkeiten den Beifall mächtiger Interessengruppen finden — der Glaube an die Solidarität aller Menschen muß sich in Zukunft als noch mächtiger erweisen ...

Aus der „Friedenswarte“.

- 1. Der Absatz „Ausland“: von „Die großen militärischen Ereignisse der letzten Wochen ...“ bis „am Nono und Taglamente Geschlagene ist — der baldige Friede.“
2. Im 2. Hauptblatt: Das Telegramm des Generalfeldmarschalls von Hindenburg kann nur im ganzen veröffentlicht werden, ohne dasselbe in irgendwelcher Form in Besprechungen zu der Behauptung des Vorwärts, daß es keine belgische Frage mehr gäbe, zu bringen.
3. Auf derselben Seite: Der Artikel unter der Überschrift „Königsberg i. Pr.“
4. Auf der letzten Seite, mittlere Spalte, in dem Artikel „Zur Stadtverordnetenwahl in Schöneberg“ die Sätze: „Leider konnte ein ernstes Wahlflugblatt ... bis ... in letzten Augenblick unmöglich.“

J. A. gez. v. Benda.

An die Schriftleitung des „Mittellungsblattes“ des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

Berlin D. 27, Schilderstr. 5.

Berlin B 10, den 15. November 1917. Potsdamer Straße 22 a.

Der Vertrieb der Nr. 34 des „Mittellungsblattes“ wird unter der Bedingung genehmigt, daß folgende Stellen in Fortfall kommen:

- 1. Auf Seite 1 der Aufsatz: „An das sozialistische Proletariat Deutschlands“.
2. Auf Seite 2, mittlere Spalte: Der Kommentar im Anschluß an den Friedensappell der sozialistischen Regierung“ bis auf den 1. Satz.
3. Auf Seite 4: 1. Spalte: die Ankündigung der Versammlungen, die sich mit dem Friedensangebot der russischen provisorischen Regierung beschäftigen sollen, unter der Überschrift „Arbeiter, Parteigenossen von Groß-Berlin“.
4. In dem Artikel „Die Pratischen“ die Worte „Im Felde stehender“.

J. A. gez. v. Benda.

An die Schriftleitung des „Mittellungsblattes“ des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

Berlin D. 27, Schilderstr. 5.

Um Verzögerungen in dem Erscheinen unseres Blattes möglichst zu vermeiden, wurde mit dem Oberkommando vereinbart, daß regelmäßig ein Mitglied der Redaktion persönlich die fällige Nummer beschrieb, um so schnell wie möglich in den Besitz der zum Vertrieb erforderlichen Genehmigung zu kommen. Welche Mühe, welche Schwierigkeiten uns da erwichen und mit welchem Jorn und ohnmächtiger Wut wir die wöchentlichen Gänge nach dem Oberkommando machten, das kann nur empfinden, wer in ähnlicher Lage gewesen. Wir haben aus diesem unsern Gefühl auf dem Oberkommando wie ein Geht gemacht und ganz offen ausgesprochen, daß gerade die Unabhängigen es sind, denen die Jenzur besonders auf dem Dache ist. Inzwischen haben ja zahlreiche Veröffentlichungen erwiesen, welche Anweisungen von der Obersten Herrscherleitung gegen die Unabhängige Partei erlassen sind. Um sich einen kleinen Begriff von dem Wirken der Jenzur gegen unser Blatt zu machen, dazu muß man sich die einzelnen Nummern ansehen, wie sie von der Jenzur beachtet worden sind. In der ganzen Zeit, in der wir unter Blatt vor der Drucklegung einreichen mußten, ist nur eine einzige Nummer vom Eingreifen des Zensors verschont geblieben.

Zum Schluß wollen wir unsern Lesern nur eine kleine Kostprobe geben, in welchen Vandalismus Zensoren verfallen. Unsere Weihnachtsnummer im Vorjahre sollte folgendes Gedicht enthalten:

Schließt eure Reich'n zum großen Völkerbunde!

Ich sah den Frieden längst herniedersteigen, Er streute Blumen rings und liches Gold; In allen Tälern schlich ein holdes Schweigen Wo eben noch des Krieges Sturm gewollt. „Erwacht!“ so klang's von fernem Völkerbunde, „Erwacht vom Ebro zu der Wolga Strand! Schließt eure Reich'n zum großen Völkerbunde, Reich: euch die Bruderhand!“

Helleneu, Russen, Italiener, Briten, Erwacht, es naht die große Stunde nun! Ihr Söhne Deutschlands habt genug gelitten, Und ihr, Franzosen, laßt die Schwerter ruhn! Ihr alle blühtet an derselben Wunde! Verbrecht die dumpfe Kette, die euch hant! Schließt eure Reich'n zum großen Völkerbunde, Reich: euch die Bruderhand!

Ihr saht so oft den Abendhimmel glänzen, Gemalt von eurer Hütte düsterer Glut — Blind rast her Nord, und rings an euren Grenzen Ist keine Aebre rein von Menschenblut. Des Wahnsinns Slaven bis auf diese Stunde, Tragt ihr Verantwortung in der Brüder Land: Schließt eure Reich'n zum großen Völkerbunde, Reich: euch die Bruderhand!

Was gilt das Volk im Schreckenskampf der Kronen? Was gilt das Volk im Toben der Gewalt? Verrat und Ehrhardt schlachten Millionen, Und keine Männerhude donnert halt! Ihr tauscht ein Joch, verlaßt wie selte Hunde, Stumm mit dem andern, ohne Widerstand! Schließt eure Reich'n zum großen Völkerbunde, Reich: euch die Bruderhand!

Ruhm jedem Edlen, der die Freiheitsfahne Im Dienst des Friedens segnend hoch erhebt! Tod dem Grob'ner, der im Fieberwahn, Das Gott geeinigt, zu zerreißen strebt! Stürzt ihn hinab zum tiefsten Höllenschlund, Werft seine Burgen prächtig in den Sand! Schließt eure Reich'n zum großen Völkerbunde, Reich: euch die Bruderhand!

Held zu der Auferstehung Morgenfeier Erhöhe des Gesetzes Melodie! Laut eure Fluren bei dem Klang der Leiter, Fromm an der Hand der Liebe erntet sie. Im Licht des Friedens heilt die letzte Wunde, Zum Himmel wird der Erde alles Land: Schließt eure Reich'n zum großen Völkerbunde, Reich: euch die Bruderhand! Pierre Jean de Béranger.

Dieses prächtige Gedicht wurmte den Jenzur. Er erklärte, die 3., 4. und 5. Strophe nicht gestatten zu können. Für uns war dadurch das Gedicht nutzlos. Denn wir geben uns nicht dazu her, ein solch prächtiges Werk verhungert wiederzugeben; wir verzichten lieber unter solchen Umständen auf den Abdruck des Weihnachtsgedichtes. Das ist nur eine kleine Probe auf das Bauen der Jenzur. Unsere Leser erfahren daraus, wie dornenvoll der Weg war, den wir gegangen. Es war ein Leidensweg schlimmster Art. Wenn wir heute nach der Revolution daran erinnern, so nur deshalb, um zu zeigen, daß das „Mittellungsblatt“ trotz allen Schwierigkeiten aufrecht geblieben ist bis zum letzten Augenblick, daß es keinerlei Konzessionen gemacht habe und immer weiter vorwärts zu iriden versuchte im Sinne der Revolution.

Am Tage nach der Revolution!

In jeder sozialistischen Revolution erscheint, nachdem die Aufgabe der Eroberung der Macht durch das Proletariat entschieden ist und in dem Maße, wie in den Haupt- und Grundzügen die Aufgabe, die Expropriateure zu expropriieren und ihren Widerstand zu brechen, gelöst wird, notwendigerweise auf den ersten Plan die Kernfrage der Schaffung eines höheren Gesellschaftsgefüges, als der Kapitalismus ist, und zwar: die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und im Zusammenhang damit (und zu diesem Zwecke) ihre höchste Organisation. Und hierbei wird es mit einem Male sichtbar, daß, wenn man sich der zentralen Staatsmacht in einigen Tagen bemächtigen kann, die dauerhafte Lösung der Aufgabe, die Arbeitsproduktivität zu heben, jedenfalls (besonders nach dem qualvollsten und zerstörendsten aller Kriege) einige Jahre erfordert. Der langwierige Charakter der Arbeit wird hier durch unbedingt objektive Umstände vorausgesetzt.

Die Hebung der Arbeitsproduktivität verlangt vor allem eine Sicherung der materiellen Grundlage der Großindustrie: die Entwicklung der Produktion von Brennstoffen, Eisen, des Maschinenbaus, der chemischen Industrie.

Als eine andere Bedingung der Hebung der Arbeitsproduktivität erscheint erstens der kulturelle und Bildungsaufstieg der Bevölkerungsmasse. Dieser Aufstieg geht sehr mit ungeheurer Schnelligkeit vor sich, was jene durch die bürgerliche Maschine verblendeten Menschen nicht sehen, die nicht fähig sind, zu verstehen, wieviel an Aufschwung zum Licht und an Initiative sich jetzt in den „Tiefen“ des Volkes entfaltet. Zweitens, als eine Bedingung des ökonomischen Aufstiegs erscheint auch die Erhöhung der Disziplin der Werktätigen, des Verständnisses für die Arbeit, der Gedächtnis, der Intelligenz der Arbeit, ihre bessere Organisation.

Es ist natürlich, daß unter den Massen, die soeben einen nie gesehenen wilden Druck von sich geworfen haben, ein tiefes und breites Sieden und Wobeln vor sich geht, daß die Ausarbeitung von neuen Grundlagend der Arbeiterdisziplin — ein sehr langwieriger Prozeß ist, und daß bis zum vollständigen Siege über die Grundbesitzer und die Bourgeoisie diese Ausarbeitung nicht einmal beginnen kann.

Aber ohne uns irgendwie der oft verführten Verzweiflung hinzugeben, die die Bourgeoisie und die bürgerlichen Intellektuellen (die verzweifelt sind, ihre alten Privilegien nicht verteidigen zu können) verbreiten, dürfen wir in keiner Weise das offensichtliche Uebel verbergen. Im Gegenteil, wir werden es aufdecken, weil der Erfolg des Sozialismus ohne den Sieg der proletarischen bewussten Diszipliniertheit über die elementare kleinbürgerliche Anarchie nicht denkbar ist.

Lernen zu arbeiten. — Diese Aufgabe muß die Revolution vor dem Volk in ihrem ganzen Umfange stellen. Das letzte Wort des Kapitalismus in dieser Hinsicht, das System Taylors, vereinigt in sich — wie alle Fortschritte des Kapitalismus — eine verfeinerte Grausamkeit der bürgerlichen Ausbeutung und eine Reihe von reichen wissenschaftlichen Erörterungen auf dem Gebiete der Analyse von mechanischen Bewegungen bei der Arbeit, des Ausschaltens von überflüssigen und ungeschicklichen Bewegungen, der Ausarbeitung der richtigen Arbeitsmethoden, der Einführung von besten Systemen der Berechnung und der Kontrolle usw. Die soziale Revolution muß um jeden Preis alles Wertvolle aus den Erörterungen der Wissenschaft und der Technik auf diesem Gebiete übernehmen.

Wenn eine neue Klasse als Führer und Leiter der Gesellschaft auf die historische Szene tritt, so verläßt dies niemals ohne eine Periode des stärksten „Schaukelns“, der Erschütterungen, des Kampfes und der Stürme einerseits — und andererseits nicht ohne eine Periode von unsicheren Schritten, Experimenten, Schwankungen und eines Herantretens bezüglich der Wahl von neuen Methoden, die der neuen

objektiven Umgebung entsprechen. Der untergehende Feudalismus rächte sich an dem steigenden und ihn verdrängenden Bürgertum nicht bloß durch Verschönerungen, Versuche von Aufständen und Restauration, sondern auch durch Ströme von Höhn über die Unverständlichkeit, über die Ungeschicklichkeit und die Fehler der „Exportomlinge“, der „Fechlinge“, die sich erdreisten, das „heilige Steuer“ des Staates ohne die jahrbundertelange Vorbereitung dazu: der Fürsten, Patrone, Obelleute und der Vornehmen, in die Hand zu nehmen, genau so, wie sich jetzt an der Arbeiterklasse wegen ihres „dreifachen“ Versuchs der Übernahme der Macht die Helden des bürgerlichen Geschäftsmachertums oder der bürgerlichen Euphorie, rächen.

Nicht Wochen, versteht sich, sondern lange Monate und Jahre sind nötig, damit die neue Gesellschaftsform, und dabei eine bisher unterdrückte, durch Not und Unwissenheit bedrängte Klasse, sich der neuen Lage anpassen, sich umsehen, ihre Arbeit einrichten und ihre Organisatoren hervorbringen kann. Es ist verständlich, daß bei der revolutionären Proletariat leitenden Partei sich die Erfahrung und die Routine der großen, auf Millionen und abermals Millionen von Bürgern berechneten Organisationsarrangements nicht bilden konnten, und daß die Umarbeitung der alten, fast ausschließlich agitatorischen Gewohnheiten eine sehr langwierige Sache ist. Aber Unmögliches hierbei gibt es nicht und haben wir erst die klare Erkenntnis der Notwendigkeit der Veränderung, die feste Entschlossenheit, sie zu verwirklichen, die Ausdauer bei der Verfolgung des großen und schwierigen Zieles, so werden wir sie verwirklichen. An Organisations Talenten ist im „Volke“, d. h. unter den Arbeitern, eine Menge vorhanden; sie sind zu Tausenden von dem Kapital erdrückt, zugrunde gerichtet und fortgeworfen. Sie zu finden, zu ermutigen, auf die Füße zu stellen, hervorzuheben — verstehen auch wir noch nicht. Aber wir werden es erlernen, wenn wir, mit dem ganzen revolutionären Enthusiasmus, ohne welchen es keine siegreichen Revolutionen gibt, an dieses Erlernen herangehen werden.

Keine einzige tiefe und mächtige Volksbewegung in der Geschichte ist ohne einen schmutzigen Preis ausgekommen ohne die an die unerfahrenen Neuerer sich anfangenden Abenteuer und Gauder, Probierläufe und Schweißhände ohne sinnloses Hin- und Herlaufen, Kopfschütteln, unnütze Geschäftigkeit, ohne Versuche einzelner „Führer“, sich an 20 Dinge heranzumachen und kein einziges zu Ende zu führen. Mögen die Köpfe der bürgerlichen Gesellschaft aus Anlaß jedes überflüssigen Spanens beim Abholzen eines großen alten Waldes freies und helles. Dazu sind sie ja Köpfe, um den proletarischen Elefanten anzubellen.

Prinzipien der Demokratie und Diktatur des Proletariats.

Der Droschke Leo Trotzky: „Von der Oktober-Revolution bis zum Brester Friedensvertrag“ entnehmen wir folgendes interessante Kapitel:

Als Marxisten sind wir nie Gehendener der formalen Demokratie gewesen. In der Klassengesellschaft beseitigen die demokratischen Institutionen nicht nur den Klassenkampf nicht, sondern sie verleihen den Klasseninteressen einen höchst unvollkommenen Ausdruck. Den bestehenden Klassen bleiben immer noch unzählige Mittel zur Verfügung, den Willen der arbeitenden Volksmassen zu fälschen, abzulenken und zu vergewaltigen. Als ein noch unvollkommener Apparat zum Ausdruck des Klassenkampfes erscheinen die Institutionen der Demokratie unter den Bedingungen der Revolution. Marx bezeichnete die Revolution als die „Lokomotive der Geschichte“. Dank dem offenen und unmittelbaren Kampf um die Regierungsgewalt häufen die arbeitenden Massen in kürzester Zeit eine Menge politischer Erfahrung an und steigen in ihrer Entwicklung schnell von einer Stufe auf die andere. Der schwerfällige Mechanismus der demokratischen Institutionen kommt dieser Entwicklung um so weniger nach, je größer das Land und je unvollkommener sein technischer Apparat ist.

Die Majorität erhielten in der konstituierenden Versammlung die rechtsstehenden Sozialisten-Revolutionäre. Der parlamentarischen Mechanik entsprechend hätte ihnen die Regierungsgewalt gehören müssen. Die Partei der rechtsstehenden Sozialisten-Revolutionäre hatte aber schon im Lauf der ganzen Zeit vor dem Oktoberumsturz die Möglichkeit gehabt, diese Regierungsgewalt zu bekommen. Dennoch entzog sich diese Partei der Regierung und trat ihren Löwenanteil an die liberale Bourgeoisie ab, und auch insfolgedessen hatte sie — gerade in dem Augenblick, da die numerische Zusammensetzung der Konstituante sie formal verpflichtete, die Regierung zu bilden — da hatte sie den letzten Rest ihres Kredit bei den revolutionärsten Teilen des Volkes verloren. Die Arbeiterklasse und zugleich mit ihr die Rote Garde stand der Partei der rechten Sozialisten-Revolutionäre tief feindselig gegenüber. Die erdrückende Mehrheit der Armee unterstützte die Bolschewiki. Die revolutionären Elemente auf dem Lande teilten ihre Sympathien zwischen den linken Sozialisten-Revolutionären und den Bolschewiki. Die Matrosen, die in den Ereignissen der Revolution eine so bedeutende Rolle gespielt hatten, folgten fast ausschließlich unserer Partei. Aus denjenigen Sowjets, die schon im Oktober, d. h. vor der Einberufung

der Konstituante, die Macht ergriffen hatten, waren die rechtsstehenden Sozialisten-Revolutionäre gezwungen, fortzugehen. Auf wen konnte sich also ein Ministerium stützen, das von der Majorität der konstituierenden Versammlung aufgestellt wurde? Hinter ihnen wären die Spitzen der Landbevölkerung, der Intellektuellen und die Beamten gestanden, rechts hätten sie einseitigen von seiten der Bourgeoisie eine Stütze gefunden. Einer solchen Regierung hätte aber der materielle Regierungsapparat vollkommen gefehlt. In den Konzentrationspunkten des politischen Lebens, wie es Petrograd ist, wäre diese Regierung vom ersten Schritt an auf unüberwindliche Hindernisse gestoßen. Wenn unter diesen Umständen die Sowjets — in Unterwerfung unter die formale Logik der demokratischen Institutionen — die Regierung der Partei Kerenskis und Tschernows überließen, so hätte diese Regierung, die kompromittiert und ohnmächtig war, in das politische Leben des Landes lediglich eine zeitweilige Verwirrung hineingetragen, um dann wenige Wochen später durch einen neuen Aufstand gestürzt zu werden. Die Sowjets beschloßen, dieses verspätete historische Experiment auf ein Minimum zu reduzieren, und sie lösten die konstituierende Versammlung nach an demselben Tage auf, an dem sie zusammengetreten war.

Dies gab Anlaß zu den härtesten Anschuldigungen gegen unsere Partei. Das Auseinandergehen der konstituierenden Versammlung machte unzweifelhaft auch auf die führenden Kreise der sozialistischen Parteien Westeuropas einen ungünstigen Eindruck. Dort erblickte man in diesem politisch unvermeidlichen und notwendigen Akt eine Parteilichkeit, eine Art Tyrannei. In einer Reihe von Aufsätzen setzte Kautsky mit der ihm eigentümlichen Beharrlichkeit die Wechselbeziehung zwischen den sozialistisch-revolu-

Parteienossen!
Werbet für die Unabhängige
Sozialdemokratische Partei
Deutschlands!

tionären Aufgaben des Proletariats und dem Regime politischer Demokratie aneinander. Er bewies, daß für die arbeitende Klasse die Beibehaltung der Grundlagen demokratischen Aufbaus letzten Endes stets von Nutzen sei. Im Großen und Ganzen ist dies natürlich vollkommen richtig. Aber Kautsky degradierte diese historische Wahrheit zu einer Professoren-Banalität. Wenn es letzten Endes für das Proletariat vorteilhaft sei, seinen Klassenkampf und sogar seine Diktatur in die Bahnen demokratischer Institutionen zu leiten, so bedeutet das noch keineswegs, daß die Geschichte dem Proletariat immer eine solche Kombination ermöglicht. Die marxistische Theorie ergibt noch keineswegs, daß die Geschichte stets solche Bedingungen schafft, die für das Proletariat am „günstigsten“ seien. Man kann momentan kaum sagen, welchen Verlauf die Revolution genommen hätte, wenn die konstituierende Versammlung in ihrem zweiten oder dritten Monat einberufen worden wäre. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die damals dominierenden Parteien der Sozialisten-Revolutionäre und der Menschewiki sich zusammen mit der Konstituante kompromittiert hätten: sowohl in den Augen der aktiveren Schichten, die die Sowjets unterstützten, als aber auch in den Augen der rückständigeren demokratischen Massen, von denen sich herausgestellt hätte, daß ihre Hoffnungen nicht an den Sowjets sondern an der Konstituante hingen. Unter diesen Umständen hätte die Auflösung der Konstituante zu neuen Wahlen führen können, bei denen die Partei des linken Flügels sich als Majorität hätte erweisen können. Die Entwicklung schlug aber einen anderen Weg ein. Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung fanden im neunten Monat der Revolution statt. Zu dieser Zeit hatte der Klassenkampf eine solche Anspannung erfahren, daß er durch einen Ansturm von innen-heraus die formalen Rahmen der Demokratie gesprengt hat.

Das Proletariat hatte die Armee und die armen Bauernschichten hinter sich. Diese Klassen befanden sich in einem Zustand direkten und erbitterten Kampfes mit den rechtsstehenden Sozialisten-Revolutionären. Aber infolge der schwerfälligen Mechanik der demokratischen Wahlen erhielt diese Partei — als treues Abbild der Vor-Oktoberperiode der Revolution — in der Konstituante die Majorität. So kam ein Widerspruch zustande, der im Rahmen der formalen Demokratie absolut unlösbar war. Und mit politischen Bedanten, die sich keine Rechenschaft über die revolutionäre Logik der Klassengegenüber abgeben, können im Angesicht dieser Nachoktober situation dem Proletariat banale Vorhaltungen machen über die Vorteile und den

Nutzen der Demokratie für die Sache des Klassenkampfes.

Die Frage wurde von der Geschichte viel konkreter und schärfer gestellt. Die konstituierende Versammlung mußte also der Zusammensetzung ihrer Majorität nach die Regierung auf die Gruppe eines Tschernow, eines Kerenskis und eines Zeretelli übertragen. War aber diese Gruppe imstande, die Revolution zu leiten? Konnte sie in derjenigen Klasse, die als Rückgrat der Revolution erscheint, einen Halt finden? Nein. Der wirkliche Klasseninhalt der Revolution war unersöhnlich gegen ihre demokratische Schale gestoßen. Und damit allein war das Schicksal der Konstituante besiegelt. Ihre Auflösung erschien als die einzig mögliche, als die chirurgische Lösung, als einziger Ausweg aus dem Widerspruch, der nicht von uns, sondern vom ganzen vorhergehenden Lauf der Ereignisse geschaffen worden war.

Aus der Bewegung.

Partei beschloß die Waterkant. In Hamburg tagte am Sonntag eine Konferenz der Vertreter der Unabhängigen sozialdemokratischen Organisationen der Waterkant (von Kiel bis Bremen). Nach längerer grundsätzlicher Aussprache wurde folgende Resolution gefaßt mit Zweidrittel-Mehrheit zum Beschluß erhoben:

Die Konferenz erklärt sich für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung. Als Richtlinie für den Wahlkampf nimmt die Konferenz den Beschluß der Berliner Parteikonferenz vom 4. Dezember an: Selbständiger Wahlkampf der Partei und verbundene Listen in Gemeinschaft mit den Rechtssozialisten.

Die Konferenz erblickt als den hauptsächlichsten Grund für die besonders in dem unklaren Streben nach einer Einigung mit den Mehrheitssozialisten zutage tretenden Verwirrung in der U. S. P. die Zusammenarbeit von unabhängigen Sozialdemokraten mit den Sozialimperialisten Ebert, Scheidemann, Dabst, Landsberg usw. Diese Zusammenarbeit mußte kompromittierend für die U. S. P. wirken. Im Widerspruch zu ihr steht der Beschluß der Berliner Konferenz vom 4. Dezember, betr. die Selbständigkeit der Partei im Wahlkampf.

Die Konferenz fordert deshalb im Anschluß an einen in gleicher Richtung sich bewegenden Beschluß der Parteileitung, gefaßt am 5. Dezember, den sofortigen Austritt unserer Genossen aus der Koalitionsregierung.

Die Rete Rabne, die ursprünglich in den Händen der Linksozialisten (Kommunisten) gewesen war, kann aber durch Mehrheitsbeschlüsse an die Unabhängigen überging, ist jetzt umgewandelt worden in „Hamburger Volkszeitung“ (Adresse: Hamburg, Friedensstraße 4).

Die Parteienossen in Erfurt beschloßen in einer Mitgliederversammlung:

Der politische Kampf bei der Wahl zur Nationalversammlung muß und soll vom gesamten werktätigen Volke gefaßt werden gegen die Reaktion geführt werden. Eine Verständigung mit der Parteileitung der Rechtssozialisten über eine gerechte Verteilung der Kandidaten auf beide Parteien und ein geschlossenes Vorgehen im Wahlkampf muß erzielt werden. Sobald es die Verhältnisse gestatten, muß ein Parteitag einberufen werden, dem die Beschlüßfassung über die wichtigsten taktischen Fragen überlassen bleiben muß.

Aus dem Geisteschatz des Sozialismus.

„Der ganze Unterschied gegen die alte, offenerartige Sklaverei ist nur der, daß der heutige Arbeiter frei zu sein scheint, weil er nicht auf einmal verkauft wird, sondern stückweise, pro Tag, pro Woche, pro Jahr, und weil nicht ein Eigentümer ihn dem andern verkauft, sondern er sich selbst auf diese Weise verkauft, da er ja nicht der Sklave eines Einzelnen, sondern der ganzen bestehenden Klasse ist.“

Friedrich Engels:

„Die Lage der arbeitenden Klasse in England.“

„Wenn die freiwillige produktive Tätigkeit der höchste Genus ist, den wir kennen, so ist die Zwangsarbeit die härteste, entwürdigendste Qual. Nichts ist fürchterlicher, als alle Tage von morgens bis abends etwas tun zu müssen, was einem widerstrebt. Und je menschlicher der Arbeiter fühlt, desto mehr muß ihm seine Arbeit verhaßt sein, weil er den Zwang, die Zwecklosigkeit für ihn selbst fühlt, die in ihr liegt.“

Friedrich Engels:

„Die Lage der arbeitenden Klasse in England.“

Buchdruckerei
Maurer & Dimmick
SO 16, Köpenicker Strasse 36/38.

Anfertigung von:
Zeitschriften — Statuten — Qualitätsmarken — Billets —
Mitgliedsbüchern — Programmen
sowie sämtlichen Drucksachen.

Verantw. Redakteur: E. Feld; Verleger: H. Hoffmann;
beide Berlin O. 27, Schilderstraße 5.
Druck: Maurer & Dimmick, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.